
78/KOMM XXIII. GP

Kommuniqué

des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 42. Sitzung, 12.06.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Communiqué zu veröffentlichen.

PROTOKOLL
Untersuchungsausschuss
betreffend
Beschaffung von Kampfflugzeugen
42. Sitzung / öffentlicher Teil
Dienstag, 12.06.2007
Gesamtdauer der Sitzung:
09:04 Uhr – 13:06 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 14

Jochen Pack
Schriftführer

Dr. Peter Pilz
Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

Beschaffung von Kampfflugzeugen



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

42. Sitzung/ öffentlicher Teil

Dienstag, 12. Juni 2007

Gesamtdauer der 42. Sitzung:

9.04 Uhr – 13.06 Uhr

BR-Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 9.04 Uhr

Obmann Dr. Peter Pilz *eröffnet* die Sitzung des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen, begrüßt alle im Saal Anwesenden, insbesondere als **erste Auskunftsperson** Herrn **Dkfm. Lorenz Fritz**.

Der Obmann dankt Herrn **Dkfm. Lorenz Fritz** für dessen Erscheinen als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Dkfm. Lorenz Fritz: Mein Name: Dkfm. Lorenz Fritz; geboren am 27.10.1944; wohnhaft in: 1190 Wien; Beruf: Pensionist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte auf eine konkrete Frage hin einer dieser Gründe Ihrer Meinung nach schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich. Wir werden dann die weitere Vorgangsweise besprechen.

Sie haben nach der Verfahrensordnung auch das Recht, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Dann komme ich zur Aufnahme der Personalien Ihrer Vertrauensperson.

Ich darf nun auch Ihre Vertrauensperson um die Bekanntgabe der Personaldaten ersuchen.

Vertrauensperson Dr. Hellwig Torggler: Dr. Hellwig Torggler; geboren am: 26.8.1938; Anschrift: 1010 Wien.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Torggler als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich setze mit der **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort.

Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlichen falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die

Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Der Obmann erteilt sodann als erstem Fragesteller Abg. Darmann das Wort.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Diplomkaufmann, guten Morgen! Ich möchte gleich einmal zur Rolle der Industriellenvereinigung kommen. Stimmt es, dass Sie in dem Zeitraum, in dem sich die Industriellenvereinigung erstmals mit der Abfangjägerthematik beschäftigt hat, Generalsekretär der IV waren? (*Dkfm. Fritz: Das stimmt!*) – Wann genau ist, erstmals, die IV mit der Abfangjägerthematik beschäftigt worden?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ganz genau weiß ich das nicht – ich habe zwar meinen Kalender noch einmal angeschaut –, aber irgendwann im Jahr 2001 haben wir uns sicherlich mit dieser Frage befasst.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wie ist es dazu gekommen: Sind da Personen an Sie herangetreten? Haben Sie nur aus den Medien erfahren, dass da etwas zu beschaffen sein wird? Oder sind Sie an Personen herangetreten?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, es war klar, dass vom Regierungsprogramm her hier ein Beschaffungsvorgang ansteht – der größte in der Geschichte der Republik –, und daher waren wir sehr interessiert, wie die Gegengeschäfte vor allem gestaltet werden. Und daher haben wir uns von uns aus damit befasst.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie das dem Ausschuss erläutern: Wie hat das ausgesehen, dass Sie sich damit befasst haben? Welche Maßnahmen haben Sie gesetzt, welche Schritte?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nun, wir waren zunächst einmal interessiert, dass möglichst viel in dieser Kompensation – es geht ja auch um nicht wenig Geld bei der Beschaffung –, dass da sehr viel vom Prozentsatz her an Gegengeschäften gemacht wird. Da waren ja ursprünglich unterschiedliche Angebote im Raum. Letztlich hat man sich dann auf einen sehr hohen Prozentsatz, einen unüblich hohen Prozentsatz von 200 Prozent geeinigt – und das war ganz in unserem Sinne zum Beispiel. Das war ein Element, womit wir uns befasst haben: Wie hoch ist dieser Prozentsatz?

Aber das viel wichtigere war dann: Wie wird der inhaltlich gestaltet? Was bringt er Österreich wirklich – im Sinne von einem Innovationsschub? Das hat uns am meisten beschäftigt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt – habe ich richtig verstanden? –, Sie haben sich wirklich konkret für diesen hohen Prozentsatz der Kompensationsgeschäfte starkgemacht und das auch in Gesprächen vorgeschlagen?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ja, da gibt es Schriftverkehr mit den zuständigen Ministern – soweit ich mich da erinnere –, und da haben wir zwar nicht über den Prozentsatz wirklich auch schriftlich geredet, aber das war bei Vorgesprächen bei Ministern sicher eines unserer Anliegen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Mit welchen Ministern hatten Sie Kontakt in diesem Zeitraum?

Dkfm. Lorenz Fritz: Im Wesentlichen mit dem damals zuständigen und heute auch noch zuständigen Minister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Martin Bartenstein.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Und mit den anderen Ministerien?

Dkfm. Lorenz Fritz: Natürlich gab es – aber soweit ich weiß nur zweimal – ein Gespräch mit dem zuständigen Verteidigungsminister, der ja die Federführung der Verhandlungen hatte, aber das war es auch.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): „Federführung der Verhandlungen“, sagen Sie gerade. Das heißt vorweg, noch vor den Verhandlungen mit dem damaligen Minister Scheibner haben Sie keine Kontakte gehabt.

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, soweit ich mich erinnere, gab es nur zweimal einen Kontakt mit ihm, einen offiziellen Kontakt mit ihm. Mein Gott, man trifft sich in Wien immer wieder, aber ich meine, eine Vorsprache bei ihm – das meinen Sie wohl – gab es zweimal, und das war im Jahr 2002, im ersten Halbjahr vor der Entscheidung.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, mit dem Verteidigungsministerium während der Verhandlung haben Sie Herrn Bundesminister Platter gemeint.

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, das war damals der Bundesminister Scheibner.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das hatte ich falsch verstanden. – Hatte die IV eine Präferenz für einen speziellen Flugzeugtyp – noch vor der Entscheidung?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das war uns gar nicht möglich, weil die Interessenslage unserer Mitglieder viel zu heterogen dafür war. Da gab es Mitglieder, die wollten Gripen und es gab Mitglieder, die wollten Eurofighter. Also, wir haben uns da ganz sicher nicht positioniert.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das ist aber recht interessant. Welche Mitglieder können Sie da nennen, die eher für Gripen oder für Eurofighter eingetreten sind? Wissen Sie das noch?

Dkfm. Lorenz Fritz: Also, das weiß ich eigentlich so nicht mehr, aber ich habe auch keine Listen geführt diesbezüglich. Ich glaube auch nicht, dass Mitglieder jetzt von einem Ex-Generalsekretär noch hören wollen, wer auf welcher Seite damals stand. Also, das würde ich schon wieder einreihen unter das Thema ... – also „Geschäftsgeheimnis“ klingt hochtrabend, aber das ist ein Thema, wo man als Industriellenvereinigung über seine Mitglieder so nicht redet. (*Unruhe im Saal.*)

Außerdem noch einmal: Ich kann mich diesbezüglich wirklich nicht erinnern, wer da jetzt ganz prononciert wofür eingetreten ist.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Zur Rolle der IV: Hat sich die IV eher als Moderator zur Wirtschaft hin gesehen oder schon eher als Lobbying?

Obmann Dr. Peter Pilz: Darf ich kurz einmal unterbrechen. Könnten die Privatgespräche zum Beispiel in benachbarten Räumlichkeiten ausgetragen werden! Die Akustik ist in dem Saal leider so schlecht, dass die ganzen Privatgespräche hier ausgesprochen störend sind – wahrscheinlich insbesondere für die Auskunftsperson. Ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen!

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Dann wiederhole ich die Frage: Hat sich die IV eher als Moderator zur Wirtschaft verstanden oder schon als Lobbying-Institut für ein bestimmtes ...?

Dkfm. Lorenz Fritz: Also in dem Fall beides. Wir waren später dann sehr stark eine Serviceorganisation für die Mitglieder in der Umsetzung der Gegengeschäfte, aber – wie ich schon ausgeführt habe – am Beginn sicherlich eine Interessensvertretung, die interessiert war, dass die Politik da Entscheidungen trifft, die dem Wirtschaftsstandort auch helfen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Hat die Industriellenvereinigung bereits vor der Typenentscheidung Kontakt zu Anbietern gehabt? Beziehungsweise haben Anbieter, Flugzeuganbieter Kontakt zur IV vor der Typenentscheidung gesucht?

Dkfm. Lorenz Fritz: Es gab je ein Gespräch, soweit ich mich erinnere, von Eurofighter und von Gripen im Sinne einer Vorsprache bei der Industriellenvereinigung – und das muss auch gewesen sein im ersten Halbjahr 2002. Aber das war sicherlich im Sinne dieser Tour durch alle Interessensvertretungen und nicht nur Entscheidungsträger, die damals die Lieferanten gemacht haben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wissen Sie noch, welche Personen da sowohl für Eurofighter als auch für SAAB aufgetreten sind?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ich weiß nur noch, glaube ich, dass der – den Titel weiß ich nicht mehr genau – Dr. Bergner, der jetzt die Gegengeschäfte macht, glaube ich, bei uns zu Besuch war, und bei Gripen irgendein Vertreter der Wallenberg-Gruppe, wo ich aber den Namen auch nicht mehr genau weiß. Da müsste ich nachschauen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie das dem Ausschuss auch zukommen lassen, wer für SAAB da war? (*Dkfm. Fritz: Ja!*) – Das wäre es dann fürs Erste. – Danke.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sagen Sie, Herr Fritz: Wie hat sich das abgespielt mit der *Initiative Sicherer Luftraum*: Wie sind die auf die Idee gekommen, ausgerechnet im *Haus der Industrie* eine Gründungsversammlung abzuhalten?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das ist eigentlich eine Nebenaktivität gewesen, soviel ich weiß. Da sind wir angesprochen worden, kommunikativ mitzuhelfen. (*Abg. Mag. Stadler: Von wem?*) – Da fragen Sie am besten – ich glaube, er hat sowieso auch eine Einladung für heute – meinen Kollegen Neumayer, der hat das damals gemacht. Also, ich habe mich persönlich mit diesem Thema nur, glaube ich, einmal bei einer Ankündigung, Pressekonferenz oder so irgendetwas damit befasst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist aber mit Ihnen vorher abgesprochen worden, nehme ich an.

Dkfm. Lorenz Fritz: Ja, wenn man mich bittet, irgendwo dann was zu verkünden, informiert man mich dann schon.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das habe ich mir schon gedacht. – Ist da bereits vereinbart worden, dass über den Herrn Ott Abrechnungen über die Industriellenvereinigung stattfinden?

Dkfm. Lorenz Fritz: Darüber ist mir überhaupt – das höre ich zum ersten Mal! – nichts bekannt. Da würde ich Sie auch bitten, Herrn Neumayer zu fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie mitbekommen, dass diese *Initiative Sicherer Luftraum* überhaupt keine Rechtsform hat – und trotzdem dann Rechnungen legt?

Dkfm. Lorenz Fritz: Weiß ich auch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Normalerweise die Interessensvertretungen der Wirtschaft da sehr sensibel sind. Mir sind zahlreiche Anzeigen bei der Gewerbebehörde bekannt, wo man gegen so etwas vorgeht.

Dkfm. Lorenz Fritz: Herr Abgeordneter, da tut mir wirklich leid. Diese operativen Dinge habe ich damals – und ich weiß nicht, ob es das heute noch gibt, aber jedenfalls damals – nicht verfolgt, auch nicht persönlich gemacht. Da gab es klare

Arbeitsteilungen bei uns. Da bin ich auch im Detail nicht informiert worden. Das hat mich auch nicht interessiert, um ehrlich zu sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie mit Herrn **Aldag** von EADS zu tun gehabt? (*Dkfm. Fritz: Nein!*) – Kennen Sie diesen Herrn?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mit dem Herrn **Steininger**?

Dkfm. Lorenz Fritz: Den habe ich auch nie getroffen. (*Abg. Mag. Stadler: Sie kennen ihn auch nicht?*) – Den kenne ich nur aus der Zeitung und aus der Berichterstattung, aber auch nur mit einem ViertelaUGE.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie mit Herrn **Silvan Fügenschuh** persönlichen Kontakt gehabt? (*Dkfm. Fritz: Mit wem bitte?*) – Silvan Fügenschuh. (*Dkfm. Fritz: Nein!*) – Haben Sie selber einmal einen Besuch in Manching oder in Ottobrunn durchgeführt?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein; ich wüsste auch nicht, warum.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Naja, EADS hat immer wieder prominente Vertreter Österreichs nach Manching oder nach Ottobrunn eingeladen. Das wäre nichts Ungewöhnliches gewesen.

Dkfm. Lorenz Fritz: Wir wurden nicht eingeladen, um Ihre Frage zu beantworten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha, gut. – Ich habe keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Diplomkaufmann, können Sie zunächst allgemein etwas sagen über die Möglichkeiten und Praktiken der Industriellenvereinigung der Entgegennahme von Spenden und allenfalls der eigenen Spendentätigkeit gegenüber politischen Parteien?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ich würde – vielleicht darf ich das einleitend in einem Satz sagen –, wenn ich nicht öffentlich schon darüber gesprochen hätte, diese Frage nicht beantworten, weil ich es ganz eindeutig als ein Thema, ein Geschäftsgeheimnis der IV ansehe. Der ÖGB redet auch nicht darüber, wenn er dasselbe macht, im Sinne des Parteiengesetzes.

Nachdem ich aber 2000 aus einer besonderen Situation dazu Aussagen gemacht habe, habe ich zu diesen Aussagen eigentlich nichts hinzuzufügen. Da habe ich das eigentlich erklärt. Ich glaube, die kennen Sie.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das hilft dem Protokoll wenig. Ich nehme an, Sie beziehen sich auf das „profil“ 20/00. (*Dkfm. Fritz: Ja!*) Würden Sie einmal dem Ausschuss erklären, wie die Industriellenvereinigung, einmal unabhängig von der Höhe, den Parteien Spenden zukommen lässt?

Dkfm. Lorenz Fritz: So konnte man das überhaupt nicht sagen. Ich muss in der Vergangenheit sprechen, denn ich bin eigentlich nur bis Mitte 2004 da zuständig gewesen. Sie befragen mich jetzt über Vorgangsweisen bis 2004. Und Sie werden trotzdem verstehen: Ich bleibe im Rahmen dessen, was ich damals auch gesagt habe.

Das ist nach dem Parteiengesetz geregelt. Sie dürfen annehmen, dass dieses Parteiengesetz nicht wegen der IV ins Leben gerufen worden ist, sondern im Sinne der österreichischen Sozialpartner in Summe, der Interessensvertreter. Ich verstehe daher von vornherein nicht, warum das immer nur die IV betrifft. Und daher habe ich damals auch diese Aussagen gemacht, weil es wurde eigentlich nur die IV immer wieder vor den Vorhang mit denselben Fragenstellungen gebeten – so im Sinne von: Man kauft

sich im Lobbying die Politik. Und es ging mir schwer auf die Nerven, weil es so überhaupt nicht ist.

Natürlich gibt es Projekte, die man unterstützt, und das können Sie als Parteispende nach dem Parteiengesetz verstehen. Und so ist das auch. Und das macht die IV gelegentlich – oder hat damals, muss ich präziser sagen, gemacht –, wie ganz sicher der ÖGB auch und die Wirtschaftskammer auch – und ich wer weiß nicht, wer sonst.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Über die Schwächen des hiesigen Parteiengesetzes müssen wir nicht mit Ihnen diskutieren (*Dkfm. Fritz: Das stimmt!*), sondern im Verfassungsausschuss und im Plenum. Da haben Sie sicher Recht.

Also im Bankenausschuss war das bei weitem kein Entschlagungsgrund. Ich werde jetzt weiterfragen in diese Richtung. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass weit und breit **kein Geschäftsgeheimnis** erkennbar ist, denn sonst würden Sie ja einen Geschäftszweig dieser Art deklamieren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Darf ich nur eines dazu sagen: Herr Fritz, würden Sie sich auf das Geschäftsgeheimnis berufen, würde ich Sie zuerst fragen, uns genau zu erläutern, um welche Art von Geschäftsgeheimnis es sich handelt. Und ich glaube, dadurch würden wir der Sache schon wesentlich näher kommen. (*Abg. Mag. Stadler: Könnte man der Auskunftsperson auch den Zusammenhang zum Eurofighter erklären?*)

Dkfm. Lorenz Fritz: Ja, der ist ganz wichtig, also in diesem Zusammenhang. Ich habe das nicht ganz genau verstanden, aber ich glaube, der Zusammenhang mit der Causa ist ganz wesentlich. Ich beantworte sie in dieser zweifachen Sicht, die ich im Kopf habe:

Entschuldigung, wir sind ein privater Verein. Das ist der Unterschied vom ÖGB, der ist auch ein Verein, aber wir bekommen private Mitgliedsbeiträge. Sie können sagen, formell bekommt das der ÖGB auch – nur: Die Mitgliedsbeiträge des ÖGB ad personam sind eine andere Größenordnung als unsere Mitglieder in der Finanzierung dieses Vereins zahlen. Auch sind die Mitgliedsbeiträge der IV die eigentliche wesentliche Grundlage der Finanzierung – zum Unterschied vom ÖGB. Und daher betrifft das ganz direkt das Verhältnis zu den Mitgliedern. Wer zahlt was und wie viel für die IV, ist und muss ein Geschäftsgeheimnis in diesem Zusammenhang sein.

Aber das viel Wesentlichere ist – da danke ich dem Herrn Abgeordneten Stadler – die Frage: Was hat das mit dieser Causa zu tun, zu der Sie mich heute geladen haben? Da würde ich Sie einmal bitten, mich aufzuklären, denn das verstehe ich noch nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es ist doch naheliegend, dass sich dieser Ausschuss damit befasst, ob Einflussnahmen auf die Entscheidung der Auswahl der Typen des Abfangjägers auch über Parteispenden vorgenommen wurden – in dieser Schlichtheit. Es ist ja das **Beweisthema 7** nicht anders gekennzeichnet, zu dem Sie ja auch meines Wissens geladen sind.

Und jetzt stellt sich für mich vorab durchaus allgemein die Frage, weil ja diese Spendenpraxis sehr wohl etwas mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat, weil nämlich auf diese Art und Weise, wie das österreichische Parteiengesetz das ermöglicht – da haben Sie ja ganz Recht – und vermutlich auch der ÖGB davon Gebrauch gemacht hat ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Vielleicht an dem Punkt, Herr Fritz – nur damit Sie sich eine Vorstellung machen können –: Wir haben sogar Fragen zugelassen mit der ausdrücklichen Begründung, man gehe dem Verdacht der Parteienfinanzierung – in dem Fall der SPÖ an den Sportklub Rapid – nach, obwohl kein Zusammenhang hergestellt werden konnte zwischen der Tabellsituation von Rapid und der

Beschaffungssituation von EADS. Also sind diese Fragen sicherlich nach Auffassung aller Fraktionen zulässig.

Dkfm. Lorenz Fritz: Ja, ja. Ich verstehe schon. Sie unterstellen, dass da im Zusammenhang dieser Causa Parteispenden erfolgt sind. Dann fragen Sie genau danach, dann kann ich die Frage beantworten!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir sind trotzdem bei dem Punkt, dass die Industriellenvereinigung die Möglichkeit hat, normiert durch das Parteiengesetz, Spenden „anonymisiert“ – unter Anführungszeichen –, weil sie anders ausgewiesen werden müssen, weiterzugeben.

Sie selbst – das ist jetzt die Bezugnahme auf Ihre eigene Aussage – haben in der Öffentlichkeit auch einmal darüber gesprochen, dass die IV – abgekürzt – solche Serviceleistungen durchaus angeboten und auch vollzogen hat, dass Spenden weitergegeben werden, weil dann nämlich – auch zur Erklärung für den Ausschuss – die Firma X nicht in der Spendenliste der Partei Y auftauchen muss, weil ja die IV, die hier anders behandelt wird im Ausweisen der Parteispenden, zwischengeschaltet war.

Sie selbst haben diese Art von Serviceleistungen bestätigt, und die Frage in diesem Zusammenhang ist: Ist diese Praxis beibehalten worden in den Jahren 2000 bis 2004?

Obmann Dr. Peter Pilz: Kann man einmal vielleicht diese Praxis beschreiben, dann kann man vielleicht auch über die Beibehaltung dieser Praxis reden. Wir haben ja noch nicht einmal eine Beschreibung dieser Praxis.

Dkfm. Lorenz Fritz: Also gut. Dann lese ich Ihnen das, was ich damals dem „profil“ gesagt habe, noch einmal vor. Gott sei Dank habe ich mir das noch einmal ausheben lassen, denn da geht es ja dann immer auch um den genauen Wortlaut. Also ich bin gefragt worden auf dieses Thema. Ich habe das nicht in das „profil“ getragen, sondern bin – „gefragt“ ist gut! – gedrillt worden damals von den Medien. Darauf habe ich gesagt: Ja, das gibt es, dass Mitglieder uns ersuchen, eine Geldspende anzunehmen, damit wir sie an eine Partei weitergeben. – Also das stimmte damals. Dem habe ich nichts hinwegzunehmen.

Und vom Procedere her: Die Zahlungen gehen mit der Bitte, sie an eine bestimmte Organisation einer Partei wie beispielsweise innerhalb der ÖVP an den ÖAAB oder eine Landesgruppe weiterzuleiten – „beispielsweise“ habe ich da jetzt gesagt –, auf ein Konto der Industriellenvereinigung und werden separat verbucht. Von diesen außerordentlichen Beiträgen der IV-Mitglieder werden 15 Prozent Abgabe für Zuwendungen – nach dem Parteiengesetz ist das die Versteuerung dieses Themas – abgezogen und der Restbetrag weitergeleitet. Von diesen außerordentlichen Mitgliedsbeiträgen – als solche wurden sie damals bei uns verbucht – werden ... Restbetrag ... – Nein, das habe ich schon. – Weder die Tatsache, dass gespendet wird, noch die Höhe der Zahlung werden den Gremien der IV bekannt gemacht, weil es nur um ein bilaterales Verhältnis zwischen dem Mitglied und seiner Interessensvertretung geht. – Daher habe ich das auch als eine besondere Serviceleistung damals bezeichnet.

So. Das war es. Das ist das ganze Verfahren, und dem ist wirklich nichts hinzuzufügen aus meiner Sicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Würden Sie jetzt dem Ausschuss erklären, wie oft und in welcher Höhe diese Praxis angewandt wurde?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das habe ich damals schon nicht gesagt. Und da würde ich mich sehr wohl jetzt tatsächlich ... – Ich habe auch keine Beträge genannt. Beträge, die dann in den Medien herumgeistert sind, stammen nicht von mir, wenn Sie das genau

recherchieren. Das ist ein Thema der Finanzierung der IV. Da habe ich damals nichts gesagt, da habe ich auch nicht vor, heute etwas zu sagen – vor allem, so lange ich nicht der Zusammenhang sehe mit der Causa sehe, die Sie heute hier verhandeln.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage Sie weiter: Welche Spenden wurden von der Industriellenvereinigung im Jahr 2002 an welche Partei weitergeleitet?

Dkfm. Lorenz Fritz: Im Zusammenhang mit dieser Causa keine einzige.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie behaupten, dass im Zusammenhang mit der Typenentscheidung rund um die Abfangjäger keine einzige Spende zunächst einmal der Industriellenvereinigung entgegengenommen wurde?

Dkfm. Lorenz Fritz: Weder entgegengenommen noch von der IV weitergeleitet, noch von der IV selbst veranlasst – damit Sie gleich alle Ihre Fragen beantwortet haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Man kann vielleicht einmal bei der einleitenden Frage bleiben: Wie viele dieser Transaktionen in den Jahren 2001 und 2002, das heißt bei der Angebotseinholung und in der Zeit der Typenentscheidung, wurden von der Industriellenvereinigung durchgeführt und an **welche Parteien?**

Dkfm. Lorenz Fritz: Herr Vorsitzender, noch einmal: Da gab es sicher einzelne Fälle, aber im Zusammenhang mit dieser Causa keinen einzigen Fall.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Fritz, den Zusammenhang wollen wir dann herstellen. Ich greife jetzt ein bisschen vor, weil die wichtige Frage, wer überhaupt beurteilen kann, ob ein Zusammenhang zwischen der Eurofighter-Beschaffung und einer bestimmten Transaktion besteht, später in der Befragung behandelt wird. Ich bin mir gar nicht sicher, ob Sie das in jedem einzelnen Fall beurteilen können, wenn Ihre Dienste in Anspruch genommen werden.

Deswegen sind wir jetzt bei dem allgemeineren Fall, versuchen einzusteigen und einmal den Umfang und die Empfänger zu beschreiben. – Bitte jetzt einmal das.

Dkfm. Lorenz Fritz: Bleiben wir bei dem Thema, warum ich das beurteilen kann: Sonst könnte ich nicht so expressis verbis sagen, da gibt es keinen einzigen Fall; sonst müsste ich sagen „meines Wissens“ oder was auch immer.

Jeder dieser einzelnen Fälle – so viele waren das nie – ging über meinen Schreibtisch. Und es gab – jedenfalls von der IV veranlasst – nichts, was ich daher nicht endgenehmigen musste oder was ich nicht wusste.

Ich wiederhole daher noch einmal: Da gab es keinen einzigen Fall im Zusammenhang mit dieser Causa. Den kann es nicht geben, sonst hätte ich davon wissen müssen. (*Obmann Dr. Pilz: Ja, Herr Fritz ...!*)

Im Zusammenhang mit Mitgliedern: Es war **immer** so, dass die Mitglieder, wenn sie uns so einen außerordentlichen Mitgliedsbeitrag überwiesen haben, auch gesagt haben, wofür und wohin. – Daher müsste ich auch das genau wissen, denn das ging auch in jedem einzelnen Fall über meinen Schreibtisch. Auch diesbezüglich gab es, wie ich Ihnen schon gesagt habe, keinen einzigen Fall.

Obmann Dr. Peter Pilz: Trotzdem, wir sind noch an dem Punkt, mit Ihnen gemeinsam das System zu beschreiben, und der Ausschuss muss dann beurteilen – weil das jetzt für unsere Untersuchung nicht Aufgabe der Industriellenvereinigung ist –, ob er einen Zusammenhang zwischen bestimmten Transaktionen und unseren Beweisthemen sieht.

Deswegen müssen wir einmal die Transaktionen mit Ihnen durchgehen, und deswegen wiederhole ich noch einmal die Frage, die Abgeordneter Kogler begonnen hat, und

bitte Sie, diese zu beantworten: Wie viele dieser außerordentlichen Mitgliedsbeiträge hat es insbesondere in den Jahren 2001 und 2002 gegeben und an welche politischen Parteien sind sie übermittelt worden?

Dkfm. Lorenz Fritz: Da kamen nur die Regierungsparteien in Frage. (*Obmann Dr. Pilz: Das waren also ...!*) Das waren damals noch die FPÖ, wenn ich mich richtig erinnere – Sie reden ja vom Zeitraum bis Mitte 2002 –, und die ÖVP, aber weder Grüne noch SPÖ, das schließe ich aus.

Zu den Fällen, noch einmal: Ich weiß das gar nicht mehr so genau, ich habe nicht Buch geführt. Ich habe mir das auch im Detail in der Buchhaltung nicht angesehen und wäre wahrscheinlich von der Industriellenvereinigung auch nicht dazu ermächtigt worden, mir das noch einmal anzusehen. Da können Sie auf meine Erinnerung zählen, dass das ein paar Fälle waren, aber ich weiß nicht genau, wie viele es waren. Ich kann Ihnen das nicht beantworten; selbst wenn ich jetzt **wollte** – was ich auch nicht will, das merken Sie –, könnte ich es nicht.

Und: Die Größenordnung weiß ich auch nicht mehr genau. Das ist eine Buchhaltungsfrage der IV.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt sind wir bei dem Punkt, wo man vom wackeren und hellen Geschäftsgeheimnis zu irgendetwas nicht Erinnerunglichem kommt – außer dass wir wissen, wer damals in der Regierung gesessen ist. Ich halte das nicht für besonders glaubwürdig.

Ich frage Sie noch einmal: Welche Firma oder Institution hat außerordentliche Mitgliedsbeiträge – ist gleich **Spenden** – an die IV gegeben, mit der Auflage, diese weiterzuleiten; an welche Partei und in welcher Höhe?

Dkfm. Lorenz Fritz: Herr Kogler, das werden Sie ganz sicher von mir heute nicht hören, denn wenn ein Mitglied ... – Warum macht ein Mitglied von diesem Parteiengesetz Gebrauch? Damit sie eben **nicht** auf irgendeiner Liste aufscheint, nicht einmal beim Rechnungshofpräsidenten; mehr ist es ja nicht.

Und da soll ich Ihnen heute sagen – was dann öffentlich wird –, wer das – wenn ich es überhaupt noch wüsste – gemacht hat? Ich denke nicht daran!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das mag schon sein, dass Sie jetzt nicht daran denken. Allerdings ist es Ihre **Pflicht**, hier diese Aussage zu tätigen, wenn Sie gefragt werden.

Dkfm. Lorenz Fritz: Nicht wirklich. Da berufe ich mich tatsächlich auf das Geschäftsgeheimnis. Ich glaube, das ist § 5, wenn ich das richtig sehe, aber das habe ich gleich. (*Abg. Mag. Kogler: Nein, das ist nicht § 5!*)

(Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.)

Wenn irgendetwas Geschäftsgeheimnis der IV ist, dann: wie es finanziert ist, wer da was zahlt und in diesem Zusammenhang sowieso. – Entschuldigen Sie, was ist dann sonst ein Geschäftsgeheimnis? (*Abg. Mag. Kogler: Wir werden darauf zurückkommen!*)

Es ist § 7 Abs. 5 VO.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist richtig. Wir werden später in einer kurzen Sitzungsunterbrechung in einer FraktionsführerInnenrunde die Frage des Geschäftsgeheimnisses mit dem Verfahrensanwalt klären. (*Dkfm. Fritz: Ich bitte darum!*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Diplomkaufmann, sind die Projekte, die die IV sozusagen finanziert, im Jahr 2002 nur an diese beiden Regierungsparteien gegangen, oder gibt es auch Projekte, die an die SPÖ oder an die Grünen gegangen sind? – Wenn ich mir vorstelle: Androsch ist auch IV-Mitglied, und in Oberösterreich haben wir einen grünen Landesrat, der für sehr wesentliche Industriebelange zuständig ist.

Dkfm. Lorenz Fritz: Zu meiner Zeit habe ich das einmal der SPÖ angetragen, aber darauf wurde nicht zurückgekommen. Den Grünen habe ich es erst gar nicht angetragen, wenn ich das sagen darf.

Wie das dann nach meiner Zeit ist, das bitte ich, mich nicht zu fragen. Es kann schon sein, dass das inzwischen – ich nehme an, das war der Hintergrund Ihrer Frage – nicht nur auf FPÖ, später BZÖ, und ÖVP beschränkt war. Projekte liefen auch mit anderen Parteien, das stimmt schon, aber zu meiner Zeit waren es die zwei Parteien.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist Magna IV-Mitglied und: mit welchen Unternehmen und bei welcher Landesgruppe?

Dkfm. Lorenz Fritz: Magna ist nicht Mitglied, aber die Steyr Fahrzeugtechnik war immer unser Mitglied und ist 1999 bei der Übernahme durch Magna ausgetreten. Wir haben uns dann über die Landesgruppe Steiermark sehr bemüht, dass Steyr Fahrzeugtechnik wieder beitrifft. Das ist, glaube ich, irgendwann Ende 2002 passiert.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich dieser Praxis, dass man Parteien unterstützt: War das nur im Zusammenhang 2000, 2002, oder ist das etwas traditionell Gewachsenes, was es schon immer gegeben hat?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ich habe damals auch dem „profil“ gesagt, ich verstehe die Einwürfe, die auch immer einen persönlichen Charakter annehmen, nicht, denn das ist nur etwas, das es schon immer gab. Ich habe das damals nicht erfunden, als ich Generalsekretär der IV wurde, weder das Parteiengesetz noch diese Möglichkeiten, und das gilt sicherlich für die anderen Interessenvertretungen genauso.

Daher bitte ich da um Verständnis, dass ich das überhaupt nicht persönlich nehmen kann und das auch weiterhin durchaus als legale Servicegeschichte sehe, so wie ich das damals gemacht habe. Ändern Sie das Parteiengesetz – und das Thema ist erledigt! Die IV könnte damit auch leben, sage ich jetzt, obwohl mich das nichts mehr angeht.

Aber zurück zu Ihrer Frage – ich glaube, Sie wollten noch etwas.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Spenden im Zusammenhang mit der Fliegerbeschaffung haben Sie gesagt, es gab **keinerlei** Spenden – weder welche, die Sie erhalten, noch solche, die Sie weitergegeben haben?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das schließe ich definitiv und absolut aus.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Kollege Pilz glaubt Ihnen das nicht (*Dkfm. Fritz: Ja, das ist sein Thema!*), weil er vermutet, dass Sie das nicht einschätzen können.

Jetzt frage ich Sie: War unter diesen Spendern im damaligen Zusammenhang – Fliegerbeschaffung und Gegengeschäfte – ein Unternehmen dabei, das größere Gegengeschäftsaufträge lukrieren könnte, sodass man sich mit dem Gegengeschäftsvolumen im Zusammenhang mit der Fliegerbeschaffung an die IV gewandt hat?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, insofern nicht, als jene, die diese großen Aufträge erwartet haben, von denen Sie, glaube ich, jetzt reden, ihre Kontakte zur Luftfahrtindustrie ohnehin hatten. Die waren ja teilweise schon in diesem Geschäft tätig, das waren nicht welche, die erst angefangen haben. Man kann sich keine Riesenaufträge erwarten, wenn man in diesem Geschäft nicht schon tätig ist. Die haben ihre Direktkanäle verwendet, die haben die IV dafür überhaupt nicht gebraucht – auch wissend, dass wir uns mit diesem Thema erst gar nicht befassen, sondern nur mit dem Thema, was für den österreichischen Wirtschaftsstandort im Sinne des Innovationsschubs herauskommt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Zur Vorgangsweise, die Sie als sehr traditionell bezeichnen: Ist Ihnen bekannt, ob das die IV derzeit auch noch macht?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Eines dieser Projekte, das damals gelaufen ist – das ist ja medienöffentlich lange zelebriert worden –, war die Homepage von Minister Grassner.

Meine Frage: War die Homepage solch eine Spende von einem Unternehmen?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, das war etwas ganz anderes, aber ich glaube, das ist auch eine Geschichte, die überhaupt nicht zur heutigen Causa gehört. Es war keine Parteispende und schon gar nicht in dieser Causa – Entschuldigung, wenn ich das wiederhole.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist im Zeitraum – jetzt sage ich einmal – 2000 bis zu Ihrem Ausscheiden ein Unternehmen an Sie herangetreten mit Geld für eine ganz gezielte Verwendung, wo man vermuten konnte, dass es im Zusammenhang mit der Fliegerbeschaffung sein könnte?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nicht einmal die Vermutung. – Noch einmal: Die Fälle waren überschaubar, weil nicht so viele. So etwas macht man ja nicht, indem man der IV anonym einen besonderen Mitgliedsbeitrag zahlt und dann einen Brief schreibt und sie darin auffordert, den Betrag dort- oder dorthin zu überweisen, sondern da wird dann zumindest von Mitglied zur Leitung der IV darüber gesprochen. – Nicht einmal einen Verdacht hatte ich da; das kann ich wirklich ausschließen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Typenentscheidung war es doch so, dass die IV immer Interesse an Gegengeschäften gezeigt hat. Ganz zu Beginn, jetzt sage ich einmal, equidistant zu allen Anbietern: Wann hat die IV eine Präferenz entwickelt für ein Gerät? Oder gab es eine Präferenz, weil ein Gerät das bessere Gegengeschäftsvolumen hatte als das andere?

Dkfm. Lorenz Fritz: Sie gehen jetzt natürlich in die diffizilen Gegengeschäftsthematiken ein, weil ja Unterschiedliches angeboten wurde. Da gab es schon Zeiträume, wo wir der Meinung waren, dass das Gripen-Angebot, was die Gegengeschäfte anlangt, besser war.

Nur wussten wir auch, dass das letztlich erst endverhandelt werden muss und dass es dann Nachfristen gab – wie Sie genau wissen –, wo man genau zu dem Gegengeschäft noch einmal nachverhandelt hat. Vorher konnte man überhaupt keine endgültige Position beziehen.

Die EADS hat auch diesbezüglich sehr nachgerüstet im Sinne von „die Gegengeschäfte erhöht“. Das heißt, wir waren letztlich sehr zufrieden; das heißt, wir hatten in diesem ganzen Prozess eigentlich keine Möglichkeit – nicht nur wegen der Mitglieder, sondern auch wegen des Ablaufs –, Position zu beziehen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist **EADS** Industriellenvereinigungs-Mitglied? (*Dkfm. Fritz: Nein!*)

Ist die **Euro Business Development GesmbH**, die die Gegengeschäfte abwickelt, Industriellenvereinigungs-Mitglied?

Dkfm. Lorenz Fritz: Jetzt muss ich zum ersten Thema sagen: Das weiß ich eigentlich nicht. Zu meiner Zeit war die Antwort nein, ob jetzt beide Mitglieder sind, kann ich Ihnen nicht sagen, aber zu meiner Zeit waren sie sicher nicht Mitglieder. Letztere gab es ja zu meiner Zeit noch gar nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sind die Firmen des Herrn Plattner, von Rumpold oder von Steininger IV-Mitglieder?

Dkfm. Lorenz Fritz: Zu meiner Zeit sicher nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke. – Derzeit keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Diplomkaufmann, Sie haben gesagt, Sie haben der SPÖ erfolglos angeboten, via Industriellenvereinigung Spenden von Firmen entgegenzunehmen. Wann ...? (*Dkfm. Fritz: Nein, das nicht! Das habe ich nicht gesagt!*) So habe ich mir das notiert. Sie haben erfolglos der SPÖ angeboten, so wie es eben die ÖVP ... (*Dkfm. Fritz: Gemeinsame Projekte abzuwickeln!*) An wen in der SPÖ haben Sie sich da eigentlich gewandt?

Dkfm. Lorenz Fritz: An den damals neu bestellten Vorsitzenden Gusenbauer.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, das war etwa 2000?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das muss schon 2001 gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Und Dr. Gusenbauer hat dieses Ansinnen abgelehnt? (*Dkfm. Fritz: Ja!*) – Es ist sehr wichtig, dass das bei Protokoll ist.

Mussten Sie bei der ÖVP und damals FPÖ Überzeugungsarbeit leisten, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen – oder war das ohnehin schon gängige Praxis?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ganz kurz: Ich hatte eher das gegenteilige Thema. Da das Praxis war, wollte ich diese Parteinähe, die damit automatisch passiert, die einem zugeschrieben wird, die man aus der Unabhängigkeit der IV aber nie hat, reduzieren. Das habe ich auch gemacht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, auf der einen Seite wollten Sie das der SPÖ anbieten und auf der anderen Seite wollten Sie eine Reduktion. Das ist natürlich auch sehr interessant, weil das doch auf die Quantität dieser Angelegenheit schließen lässt.

An wen haben Sie sich bei der ÖVP gewandt, um eine Reduktion zu verhandeln?

Dkfm. Lorenz Fritz: Mein Hauptgegenüber war immer die Generalsekretärin oder der Generalsekretär. Das war traditionell so. Es bestand laufend Kontakt aus anderen Gründen, und da gab es genug Möglichkeiten, das zu besprechen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Erinnern Sie sich, wer etwa im Jahr 2000 – als das offensichtlich stattfand – als Verhandlungspartner, als Generalsekretär der ÖVP beziehungsweise der FPÖ, Ihr Gegenüber war?

Dkfm. Lorenz Fritz: An die Hauptgegenüber sollte man sich erinnern. Ich denke, das war Maria Rauch-Kallat, die damals Generalsekretärin war, und nachher Herr Lopatka.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Und bei der FPÖ?

Dkfm. Lorenz Fritz: Da wird es schwieriger. Da hat man das auch nicht mit dem Generalsekretär – den gibt es dort nicht – besprochen. Das habe ich eher mit Frau Kappel vom Büro des damaligen Präsidenten des Parlaments besprochen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie sich damals durchgesetzt mit Ihrem Verhandlungsziel, dass man das reduziert, was ÖVP und FPÖ beanspruchten?

Dkfm. Lorenz Fritz: Was heißt „durchgesetzt“? Wir haben ganz klar gesagt, die IV ist und wird nicht mehr zu behandeln sein als eine irgendwie vorgelagerte Organisation dieser zwei Parteien. Das ist für eine europäische Politik, die die IV primär zu machen hat – dort kommen nämlich im Wesentlichen unsere Rahmenbedingungen her –, einfach ein unerträglicher Zustand. (*Abg. Dr. Kräuter: Das verstehe ich ja!*)

Daher war es überhaupt kein Thema, wie man das machen kann. Das wurde von unserer Seite so deponiert und irgendwie zur Kenntnis genommen, sage ich jetzt einmal.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, das Ziel war eigentlich, das überhaupt zu beenden?

Dkfm. Lorenz Fritz: Man arbeitet immer zusammen in der Interessenvertretung. Das ist nicht nur österreichische Tradition, sondern das ist auch in der modernen europäischen Arbeit so. Von Beenden war keine Rede, aber das Ziel war, das jedenfalls auf Projektarbeit zu reduzieren, auf Interessen, wo man sich hinstellen und sagen kann: Das war jetzt nicht nur eine Parteispende, sondern eigentlich etwas Vernünftigeres und Besseres.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Trotzdem haben Sie sich aber an die SPÖ gewandt, um das, was man auf der einen Seite reduziert ...

Dkfm. Lorenz Fritz: Weil es dort auch genug Projekte gab. Zum Beispiel, kann ich Ihnen nur sagen, war der Herr Vorsitzende damals sehr interessiert an einem bildungspolitischen Konzept für seine Partei. Das hat er dann auch ausgearbeitet – ohne uns –, aber sehr wohl mit uns in der öffentlichen Diskussion besprochen.

Ich kann mich erinnern, ich habe dort bei seinem Neujahrsempfang mit seinen Parteimitgliedern eine wilde Diskussion über sein Konzept gehabt, weil ich es verteidigt habe. Das nenne ich auch Projekt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Noch einmal zur Kernfrage, Sie haben ja selbst aus dem „profil“ Ihre damalige Aussage zitiert, und Sie haben gesagt, kein einziger Fall EADS, Eurofighter – und so weiter. Ich möchte das noch einmal konkretisieren: Sie haben gesagt, ein paar Fälle sind Ihnen in Erinnerung. – Können Sie ausschließen, dass bei diesen paar Fällen irgendeine Firma dabei ist, die sich auch auf Gegengeschäftstabellen wiederfindet?

Dkfm. Lorenz Fritz: Also die von den Großauftragnehmern, der Rest ist mir ja damals gar nicht bewusst geworden, haben sich weder gemeldet, noch hätte ich die gesucht, weil die IV dieses Interesse ja gar nicht hatte. Von dieser Handvoll, die in Frage gekommen sind, war kein einziger dabei. Also FACC oder MAGNA oder was immer Sie jetzt im Kopf haben mögen: Von diesen Großen war sicher kein einziger dabei.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Die Frage war umgekehrt. – Das heißt, Sie können offensichtlich nicht ausschließen, dass bei diesen paar Fällen auch eine Firma dabei war, die sich – und da waren ja sehr viele Firmen auf der Homepage des Wirtschaftsministers – als Gegengeschäftspartner wiederfindet? Das ist so wichtig, weil das ja den unmittelbaren Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand, zum Beweisthema 7, Parteispenden, herstellt. Also das können Sie nicht ausschließen, was ich für plausibel halte?

Dkfm. Lorenz Fritz: Herr Abgeordneter Kräuter, noch einmal: Warum sollten die, frage ich Sie umgekehrt ... – Also die müssten mich erstens angelogen haben im Sinne dessen, was sie damit bezwecken; also ein anderes Motiv vorgeschoben haben, als sie tatsächlich im Kopf hatten. – Punkt eins.

Punkt zwei: Warum glauben Sie, dass die geglaubt haben sollten, durch die Weiterleitung von Beträgen, die ja im Vergleich zu dem, was da verhandelt worden ist, Peanuts waren, irgendeinen Einfluss auf diese Riesenentscheidung zu haben?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Diplomkaufmann, das führt zu weit, und darum geht es mir jetzt vorderhand auch gar nicht. Es geht nur darum, festzustellen, dass man eben nicht ausschließen kann, dass Firmen, die sich auf Gegengeschäftstabellen wiederfinden, unter diesen paar Fällen sind, die eben diese Möglichkeit, die die Industriellenvereinigung angeboten hat, genutzt haben. Das heißt, dass von Firmen, die tatsächlich oder vermeintlich – wir kritisieren ja die Bedingungen der Gegengeschäfte – von Gegengeschäften profitiert haben, über die Industriellenvereinigung Spenden an ÖVP oder FPÖ geflossen sind.

Dkfm. Lorenz Fritz: Noch einmal: Dieses ganze Thema der Gegengeschäfte wurde ja überhaupt erst viel später virulent, sicher nicht vor der Entscheidung. Da ging es ja um ganz andere Themen, da wäre das absolut untergegangen. Sie dürfen unsere Mitglieder für durchaus intelligenter halten; wenn sie Geld in die Hand nehmen, dann wollen sie etwas bewegen. Das wäre absolut untergegangen. Sie müssten dann der IV ganz bewusst einen falschen Verwendungszweck angegeben haben, und das schließe ich auch aus.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich halte die Mitglieder der Industriellenvereinigung für sehr intelligent, aber bei allem Wenn und Aber kann man das nicht ausschließen. Ich verstehe das aus Ihrer Perspektive, weil Sie ja diese hunderten Firmen, die da aufgezählt sind, jetzt nicht mit den paar Fällen abgleichen können. (*Abg. Dr. Fekter: Er hat es ja ausgeschlossen!*) – Sie habe ich gar nicht gefragt, Frau Fekter! (*Abg. Dr. Fekter: Schauen Sie nach im Protokoll! Sie jubeln ihm etwas unter, was die Auskunftsperson nicht gesagt hat! Er hat es ausgeschlossen! – Dkfm. Fritz: Ich habe es ausgeschlossen!*) – Frau Fekter, es tut mir leid, ich habe Sie nicht gefragt! (*Dkfm. Fritz: Ich habe es ausgeschlossen!*) – Das heißt, Sie schließen es doch aus?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ja, weil ich nicht davon ausgehen kann, dass irgendjemand mich in diesen wenigen Fällen angelogen hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber wir werden Sie dann noch nach den wenigen Fällen fragen müssen. Ein Zitat von Ihnen war vorhin – wenn ich das akustisch richtig gehört habe –, Sie waren eine „Servicestation“ für die Mitglieder bei Gegengeschäften. Das ist doch bei dem größten Rüstungsgeschäft der Geschichte, wie Sie einleitend auch gesagt haben, und einem Gegengeschäftsvolumen von 4 Milliarden € eine, wie ich glaube, ganz wesentliche Rolle, die die Industriellenvereinigung eingenommen hat. (*Dkfm. Fritz: Ja!*)

Jetzt gibt es diese EBD, die Firma von Herrn Dr. Bergner, die Euro Business Development GmbH. (*Dkfm. Fritz: Die gab es zu meiner Zeit noch nicht!*) – Ja, aber Ihnen ist diese Firma bekannt. (*Dkfm. Fritz: Die gibt es jetzt, ja!*) – Haben Sie im Vorfeld mit dieser Firma oder mit Herrn Bergner irgendwie Kontakt gehabt?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, Bergner hatte damals, so viel ich weiß, eine ganz andere Funktion. Diese Funktion des Business Development hat er ja erst lang nach der Entscheidung eingenommen; das muss 2003 oder sogar erst 2004 – das weiß ich jetzt nicht mehr – gewesen sein. Kontakt hatten wir, um es ganz kurz zu sagen – und dann

können Sie ja nachfragen –, mit der Plattform im Wirtschaftsministerium, die schon vor der Entscheidung etabliert worden ist. Das war der Hauptansprechpartner für die ganze Endverhandlung und natürlich auch danach, denn da werden ja die Gegengeschäfte eingereicht.

Der zweite Hauptkontakt war, weil die Wirtschaftskammer und wir gemeinsam zusätzlich zu dieser Plattform im Wirtschaftsministerium eine Serviceplattform für unsere Mitglieder etablieren wollten, eine ...– Wie hieß die? Warten Sie, da muss ich nachschauen!

Also wir haben zusammen mit der Wirtschaftskammer eine eigene Plattform gemacht. Die hieß **ARGE Offset**; die haben wir selber etabliert. Da war, glaube ich, Christian Domany noch Generalsekretär und mein Gegenüber in der Wirtschaftskammer. Weil ja, wie Sie sagen, auch viele Kleine an den Gegengeschäften interessiert waren, viele, die in dieses Geschäft überhaupt neu hineinkommen wollten, haben wir diese eigene Serviceplattform, wenn Sie so wollen, etabliert. Das waren unsere zwei Hauptvehikel.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es haben unmittelbar nach der Typenentscheidung im Wirtschaftsministerium Verhandlungen begonnen, wie man das Ganze in eine rechtliche Form kleidet und es auf die 15 Jahre – in Wirklichkeit ist es ja mehr, wie wir inzwischen wissen – gestaltet. Ihr erster Ansprechpartner war der Wirtschaftsminister. Waren Sie in diese Verhandlungen eingebunden, haben Sie Informationen über den Stand gehabt?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein. – Also ja, wir haben uns natürlich bemüht, zu wissen, wohin die Reise geht, was hat man von den zuständigen Ministern im Kopf. Um da sicher zu sein – und diesen Brief kann ich Ihnen sicher auch zur Kenntnis bringen –, haben wir dann nach diesen Gesprächen unsere Sicht davon, was Gegengeschäftsschwerpunkte sein sollten, was Innovationsschub wirklich für dieses Land heißt, welche Kriterien man anwenden sollte, welche Branchen man besonders berücksichtigen sollte, damit Österreich eben etwas davon hat, zu Papier gebracht – aber als Input für die Verhandlungen, bei denen wir überhaupt nie dabei waren und auch nicht dabei sein wollten.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wir haben gestern einen Herrn Dipl.-Ing. Wiederwohl im Untersuchungsausschuss zu Gast gehabt – der sich ebenfalls für die Beratungstätigkeit beworben hat; Herr Steininger hat sich offensichtlich durchgesetzt –, und Herr Dipl.-Ing. Kurt Wiederwohl hat angegeben, dass er sich im Vorfeld der Typenentscheidung in der Industriellenvereinigung mit den Herren Mandl und Hoess getroffen und besprochen hat. – Haben Sie davon gewusst?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, aber ich kann Ihnen sagen, den Brief an Minister Bartenstein habe ich mit Herrn Mandl unterschrieben, der damals als Abteilungsleiter in der IV für die Fragen bezüglich der Gegengeschäfte zuständig war; er war damals noch in der Internationalen Abteilung tätig. Botschafter Hoess, unser Berater, hat uns in diesem Zusammenhang in der Plattform vertreten, zu Beginn, in der Plattform des Wirtschaftsministerium, eben wieder wissend, da laufen jetzt diese ganzen Interventionen der Firmen – nicht nur, es gab einen umgekehrten Fall auch –, anerkannt zu werden. Den gab es ja sehr viel häufiger, als die Fälle, die Sie jetzt untersuchen. Wir wurden da hinein veranlasst. Da es jede Menge Detailinteressen der Mitglieder gab, habe ich es einer sehr bewährten, sehr gestandenen Persönlichkeit, wie Botschafter Höss übertragen, die IV dort zu vertreten. Übrigens hatten wir in dieser Plattform nur eine Stimme, so viel bewegen konnten wir somit ohnehin nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich hätte nur eine abschließende Frage in der ersten Runde, weil der Begriff „Plattform“ schon so viel strapaziert worden ist – Sie müssen schmunzeln –: Wie haben Sie eigentlich das ursprüngliche Projekt, ich will das

jetzt einmal so nennen, des damaligen Bundeskanzlers Dr. Schüssel wahrgenommen, als er gesagt hat: Nein, nein, kein Cent, kein Euro vom Steuerzahler, das bezahlt die Wirtschaft!? – Hat er mit Ihnen darüber ein Gespräch geführt?

Dkfm. Lorenz Fritz: Mit mir hat er kein Gespräch geführt. Nur, wir sind natürlich schon auch mitschuldig an dieser Aussage, das gebe ich ganz offen zu, weil wir natürlich auch über sehr renommierte Ökonomen nachrechnen haben lassen, nicht nur, was diese Größenordnung der Gegengeschäfte an Arbeitsplätzen für das Land bringt, sondern auch, was das natürlich wieder im Sinne von indirekter Wirtschaftsförderung bedeutet, die man dann nicht direkt in die Hand nehmen muss. Da gab es Berechnungen, und auf die wird er sich gestützt haben, nehme ich an.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, schon, aber dass wir das jetzt nicht vermengen: Die Gegengeschäfte sind die eine Sache – da haben sich ja auch schon Abgründe aufgetan im Untersuchungsausschuss –, aber die ursprüngliche Aussage war ja, dass das überhaupt kein Finanzierungsgesetz des Bundes, dass sozusagen die Steuerzahler dafür aufkommen müssen, sondern dass definitiv die Wirtschaft das finanziert.

Dkfm. Lorenz Fritz: So haben wir das sicher nicht gesehen. (*Abg. Dr. Kräuter: Danke!*)

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Dkfm. Fritz, eine kurze ergänzende Frage noch: Wenn ich das vorhin richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, Sie sind ab Anfang 2000 für die Reduzierung dieses Konnex der Parteien zur IV eingetreten und haben es dann auch gemacht, also anscheinend die Reduzierung geschafft. – Wie hat sich das dargestellt: War das dann die Reduzierung auf Projekte?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ja. – Es ging eigentlich schon früher los. Ich bin ja Anfang 1997 Generalsekretär geworden, und da war eine der ersten Fragen: Wie positioniert sich die IV jetzt überhaupt? Da war uns diese Positionierung: Wir sind ein Interessenvertreter, noch dazu womöglich nur von ÖVP und FPÖ unterstützt!, viel zu wenig. Wenn ich gesagt habe, zwei Drittel der Rahmenbedingungen für unsere Mitglieder kommen letztlich vom Europäischen Parlament, also von der gesamteuropäischen Regierung, nicht nur vom Parlament, und nur mehr ein Drittel vom nationalen Parlament hier, dann ist das ja keine Positionierung. Da muss man sich ganz anders aufstellen, und dann reduziert sich ganz plötzlich die Bedeutung dessen, was das Jahrzehnte vorher gehabt hat.

Zweitens ist es auch so, dass ich von meinem Präsidenten den Auftrag hatte, ein Restrukturierungsprogramm für die IV zu fahren; nicht nur eine inhaltliche Neupositionierung, sondern es war immer Usus, dass wir mit den Mitgliedsbeiträgen nicht ganz ausgekommen sind. Das können Sie eine Weile mit Rückstellungen abdecken, aber nicht sehr lange, auch nicht bei der IV. Das heißt, ich hatte den Auftrag, die Ausgaben wieder mit den Einnahmen von den Mitgliedern in Einklang zu bringen. Nicht, dass uns Mitglieder davongelaufen sind, aber die Tendenz, dass man immer etwas mehr ausgibt, als man einnimmt, die kennen Sie sicher auch aus anderen Organisationen. In diesem Zusammenhang war es schon notwendig, das auch zu tun. Wo hätte man dann wieder aus Prioritätsgründen angefangen? – Wenn man sogar daran gedacht hat, Mitarbeiter outzusourcen – was man gemacht hat –, dann denkt man sicher auch daran, die politischen Zuwendungen zu reduzieren. (*Abg. Mag. Darmann: Danke!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Fritz, Sie haben gesagt, EADS ist nicht Mitglied der IV, EBD ist auch nicht Mitglied der IV, MAGNA ist auch nicht Mitglied der IV. – Ist die Eurofighter GmbH Mitglied der IV?

Dkfm. Lorenz Fritz: Die gab es damals, glaube ich, so noch gar nicht. Ich kann alle diese Fragen nur bis zum August 2004 beantworten. Bis dahin waren alle diese Firmen **nicht** Mitglied, und die Eurofighter GmbH – wenn es sie überhaupt schon gab (*Abg. Mag. Stadler: Doch!*), war sie noch nicht Mitglied. (*Abg. Mag. Stadler: Die hat den Vertrag unterschrieben!*) – Ja, aber dann sind sie, kaum in Österreich, Mitglied. (*Abg. Dr. Fekter: Ein deutsches Unternehmen!* – *Abg. Mag. Stadler: Ja, aber man kann als förderndes Mitglied genauso dabei sein!*) – Dann sind Sie wahrscheinlich beim BDI Mitglied.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es gibt deutsche Unternehmen, die auch Niederlassungen in Österreich haben, und damit Mitglied der IV werden – ich kenne ein solches Mitglied. (*Dkfm. Fritz: Ja, aber mit der Österreich-Tochter dann!*) – Ja, schon. Die Annahme wäre nicht ganz fremd.

Herr Fritz, könnten Sie uns die Gesamtsumme nennen, die Dritte der IV zur Weiterleitung an Parteien und parteinahe Organisationen übergeben haben – in Zusammenhang mit der Anschaffung des Eurofighters?

Dkfm. Lorenz Fritz: Also noch einmal: Im Wesentlichen hat sich das in Wahljahren abgespielt. (*Abg. Dr. Fekter: Er hat das gerade gesagt: im Zusammenhang mit der Anschaffung von Eurofighter!* – *Abg. Mag. Stadler: Ja, aber ...!*) – Ja, und im Zusammenhang mit Eurofighter **null** – das habe ich jetzt, ich weiß nicht wie oft schon gesagt. Das habe ich absolut ausgeschlossen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Absolut ausgeschlossen haben Sie es zunächst einmal noch nicht. (*Dkfm. Fritz: Präzisieren wir das noch einmal, bitte!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Fritz hat in der Zwischenzeit gesagt, dass er das, zumindest nach seinem Wissen, absolut ausschließt. (*Dkfm. Fritz: Ja, danke!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Weiterleitung von Geldern von Dritten an Parteien und parteinahe Organisationen: Ist das eine übliche Praxis oder ist das nur in Wahljahren üblich?

Dkfm. Lorenz Fritz: Also zu meiner Zeit ist das primär – ich schließe nicht aus, dass es einzelne Fälle auch außerhalb von Wahljahren gab – nur in Wahljahren gelaufen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war aber auch davor schon übliche Praxis? (*Dkfm. Fritz: Ganz sicher!*) – Bitte? (*Dkfm. Fritz: Ganz sicher!*) Das heißt also, es hat keinen – auch nicht summenmäßigen – Ausreißer gegeben, nur weil in dem Jahr zufällig die Eurofighter-Entscheidung gefallen ist?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, es hat mich eher belustigt, wenn Sie mir erlauben, das so zu sagen. Man kann diese Rechnung so nicht aufstellen, dass man schaut: Was ist bei den Parteien eingegangen?, und daraus schließt, was über welche Kanäle zugeflossen ist. So können Sie das überhaupt nicht, glaube ich, beurteilen. (*Abg. Mag. Stadler: Wir wollen es ja nur geklärt haben, denn es wird mitunter so beurteilt!*) – Ja, es wird so beurteilt, worüber ich nur schmunzeln kann, denn das ist weniger als eine Milchmädchenrechnung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, es gibt keinen summenmäßigen Ausreißer im Jahr 2002? (*Dkfm. Fritz: Nein!*) – Gut, danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich darf ein paar Fragen ergänzen.

Herr Fritz, es kommt ja durchaus vor, dass Unternehmen direkt Gelder oder Sachleistungen an politische Parteien überweisen. Wenn sie das über die Industriellenvereinigung machen, kommen meines Wissens noch 15 Prozent Steuern zum Abzug. – Ist das richtig?

Dkfm. Lorenz Fritz: Vollkommen richtig, sonst würde man ein Finanzstrafverfahren haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, diese außerordentlichen Mitgliedsbeiträge, wie Sie das nennen, werden mit 15 Prozent versteuert. Das heißt, die Parteien bekommen weniger. – Was ist jetzt der Vorteil für den Spender, wenn er das über die Industriellenvereinigung macht?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ich glaube, ich habe damals auch gesagt – und das haben die Mitglieder damals sicher gedacht ... – Sie werden sich an diese Geschichte erinnern: Bundeskanzler Kohl in Deutschland, den man nötigen wollte und konnte, zu sagen, wer da jetzt gespendet hat. In solch eine Situation – wenn es schon so ein Parteiengesetz gibt – bringt man keinen Politiker! Unabhängig davon, dass die Mitglieder das genau deswegen in Anspruch nehmen, weil sie auch nicht namentlich aufscheinen wollen. Das ist der ganze „Witz“ der Sache. Von beiden Seiten hat man eben kein Interesse, dass das namentlich bekannt wird. So ist die Konstruktion – nicht von mir erfunden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, der Zweck der Einschaltung der Industriellenvereinigung ist die Verheimlichung des Spenders gegenüber der Öffentlichkeit. – Ist das richtig?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, „Verheimlichung“ würde ich das nicht nennen, sondern: kein Interesse zu haben, öffentlich zu werden mit einer Parteispende, und vielleicht auch das Interesse – aber das fragen Sie besser die politischen Parteien, das war ich nicht – dort, auch nicht auskunftspflichtig zu sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Und das ist es den Unternehmen sogar wert, um 15 Prozent mehr zu zahlen, damit der Name des Unternehmens nicht öffentlich bekannt wird. – Ist das richtig? (*Dkfm. Fritz: Das nehme ich so an, ja!*)

Der Politikwissenschaftler Hubert Sickinger nennt diese Vorgangsweise, die in Österreich vollkommen legal ist – damit es da kein Missverständnis gibt –, „Spendenwäsche“. – Wissen Sie, ob diese Spendenwäsche über Interessenvertretungen in der Bundesrepublik Deutschland legal ist?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das weiß ich deshalb, weil schon immer gesagt worden ist, in Deutschland würde ich diesbezüglich mit den Gerichten in Konflikt sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und Sie hätten die Chance, auf eine Verurteilung zu bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe. Spendenwäsche ist in Deutschland ein strafrechtlich verfolgtes Delikt, und man geht dafür für drei Jahre ins Gefängnis, wenn man Pech hat. In Österreich ist das legal.

Sagen Sie, nur damit wir eine Vorstellung haben: Wem gegenüber deklariert die Industriellenvereinigung diese Spenden nach § 7 Z. 4 des Parteiengesetzes?

Dkfm. Lorenz Fritz: Wie ich schon damals im „profil“ gesagt habe – und heute auch zitiert habe –: Das ist nicht einmal den Gremien der IV bekannt. Das weiß der, der die Geschäfte dort führt, und das war zu der damaligen Zeit ich selbst – und das war's! Das wurde in keinem Gremium der IV jemals besprochen oder auch nur darüber informiert; also in einem bilateralen Verhältnis zwischen Mitglied und der Geschäftsführung der IV.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, der Generalsekretär hat es gewusst. – Wer hat noch gewusst, wer die Spender waren?

Dkfm. Lorenz Fritz: Es musste der Finanzchef wissen, weil es zu verbuchen war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie sagen, wer das zu Ihrer Zeit war?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das war und ist immer noch Herr Mag. Kilian.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat Herr Neumayer Bescheid gewusst? (*Dkfm. Fritz: Sicher nicht!*)

Können Sie dem Ausschuss noch schildern, in welcher Art und Weise das dann an den Rechnungshof gemeldet wird? Wie geht das vor sich?

Dkfm. Lorenz Fritz: Damit hatten wir wirklich nichts zu tun. Das ist eine Frage, dass die Partei dann – nach dem Parteiengesetz – ihren Auskunftspflichten nachkommt. Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber Sie wissen so wie wir, dass die Spenden nach § 7 Z. 4 zusammengezählt werden und nur die Gesamtsumme anonymisiert dem Rechnungshof gemeldet wird. (*Abg. Mag. Stadler: Aber von den Parteien!*) Von den Parteien, vollkommen richtig. – Und das wird dann einmal im Jahr veröffentlicht. (*Dkfm. Fritz: So habe ich es gelesen, ja!*) Ja.

Wenn wir jetzt die für uns interessanten Jahre hernehmen, dann haben wir im Jahr 2001 von Interessenvertretungen Spenden an die Österreichische Volkspartei im Ausmaß von 569 755 €, an die FPÖ 0 €. – Können Sie dem Ausschuss sagen, von welchen Firmen diese Spenden an die ÖVP stammen?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, das kann ich nicht! Die sind ja nicht nur über die Industriellenvereinigung gelaufen; die 500 000 € sind sicher nicht von uns allein. Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich habe ja bei anderen Interessenvertretungen keinen Einblick in diese Gepflogenheiten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir sind draufgekommen, dass da **nichts** vom ÖGB dabei ist, **nichts** von der Arbeiterkammer dabei ist, und die Wirtschaftskammer behauptet, dass auch **nichts** von der Wirtschaftskammer auf diesem Weg übermittelt worden ist, weil die Wirtschaftskammer da ganz andere Methoden entwickelt hat, wie Sie möglicherweise wissen, über Fraktionsgelder und so weiter. Wenn man also nach einem Ausschlussverfahren vorgeht – und das ist in diesem Fall durchaus sinnvoll –, bleibt die Industriellenvereinigung über. Der Politikwissenschaftler Dr. Sickinger geht davon aus, dass es sich bei diesen Summen ausschließlich um Gelder der Industriellenvereinigung handelt. (*Abg. Dr. Fekter: Das ist eine Unterstellung!*) – Nein, das ist keine Unterstellung, sondern nur eine Feststellung, die der Politikwissenschaftler Dr. Sickinger, der in Österreich **der** Experte für ... (*Abg. Dr. Fekter: Und kein Zusammenhang mit der Eurofighter-Beschaffung, hat die Auskunftsperson gesagt!*) Kollegin Fekter, wir kommen schon noch dazu. Wir beschreiben jetzt einmal gemeinsam ein System. (*Abg. Dr. Fekter: Das aber nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat!*)

Wie viel von der genannten Summe im Jahr 2001 ist von der Industriellenvereinigung an die ÖVP geflossen?

Dkfm. Lorenz Fritz: Noch einmal: Das hat wirklich nichts mit diesem Thema zu tun, weil ich ausschließen konnte, dass es etwas mit diesem Thema zu tun hat, und daher beziehe ich mich auf das Geschäftsgeheimnis. Selbst wenn ich es genau wüsste – ich weiß es jetzt gar nicht mehr genau –, wenn ich mir das angesehen hätte, wozu ich aber nicht mehr ermächtigt bin, würde ich mich darauf berufen. Ich habe überhaupt keine Funktion mehr in der IV, ich kann nicht in die Buchhaltung gehen und mir eine Liste ausdrucken lassen, was damals war, damit ich sie Ihnen hier vorlegen kann. Tut mir leid!

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Fritz, ob wir in Bezug auf diese mögliche Aussageverweigerung in ein formelles Verfahren eintreten, werden wir uns nach einer Sitzungsunterbrechung gemeinsam überlegen. – So weit sind wir aber noch nicht.

Warum hat es damals keinen Euro und keinen Cent und damals noch keinen Schilling für die FPÖ gegeben? Warum hat es seit dem Jahr 2000 überhaupt nichts für die FPÖ gegeben? (*Abg. Mag. Stadler: Was wirklich ungerecht ist!*)

Dkfm. Lorenz Fritz: Entschuldigung, weil in Richtung FPÖ das fast ausschließlich in Wahljahren war. In dem Zusammenhang war 2002 zwar ein Wahljahr, aber unsere Mitglieder und die IV sowieso waren nicht gerade – wie soll ich mich jetzt ausdrücken? (*Obmann Dr. Pilz: Drücken Sie sich ruhig deutlich aus!*) – interessiert daran, irgendetwas an die FPÖ zu spenden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Industriellenvereinigung und ihre Mitglieder hätten sich gerne eine große Koalition gewünscht. Das ist ja kein besonderes Geheimnis. Und sie waren ein bisserl unzufrieden – wie auch der Bundespräsident –, dass statt der SPÖ plötzlich die FPÖ in der Regierung gesessen ist. – Das war doch so, oder?

Dkfm. Lorenz Fritz: Noch einmal: Ich kann nur sagen, es gab kein Interesse der IV und auch nicht ihrer Mitglieder daran, da irgendetwas zu zahlen, und daher ist auch nichts geflossen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Im Jahr 2001, stelle ich fest, ist auch kein Euro und kein Cent an die FPÖ geflossen. Da war offensichtlich das Verhältnis zur FPÖ noch dasselbe wie im Jahr 2000. Im Jahr 2002 beginnt es zu tröpfeln mit 20 000 €, und im Jahr 2003, in der Zeit, in der durchaus Wichtiges im Zusammenhang mit Eurofighter passiert ist, erhält die FPÖ plötzlich 747 826 €. – Das war aber keine andere FPÖ.

Können Sie sagen, warum?

Dkfm. Lorenz Fritz: Noch einmal: Das hat mit dem Gegenstand dieses Ausschusses nichts zu tun, ich versuche aber trotzdem, Ihnen eine Antwort zu geben, damit ich zumindest ein paar Dinge ausschließe, nämlich: dass die 700 000 € an die FPÖ nur von der IV gegangen sind, schließe ich aus, allein von der Größenordnung her. Das sind ja Parteispenden, Entschuldigung! Wenn wir mit der FPÖ etwas gemacht haben, dann war das, Projekte zu unterstützen, ganz konkrete Projekte zu unterstützen. Aber an Parteispenden könnte ich mich auch 2003 erst gar nicht erinnern. Wozu auch? Das Wahljahr 2002 war vorbei.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist ein guter Punkt: Wozu auch? Wozu auch plötzlich in dieser heiklen Phase? Wozu auch plötzlich, wo sich im Verteidigungsministerium, in der Bundesregierung Politiker und hohe Beamte treffen und sagen: Wir haben ein Problem, wir werden möglicherweise die Typenentscheidung nicht in einen Vertrag umsetzen können! Da hat es Knittelfeld gegeben, da hat es alles Mögliche gegeben. Wozu auch? – Wir haben die Dokumente des Verteidigungsministeriums, in denen steht: Der Rücktritt vom Vertrag ist ohne weiteres möglich, und es ist davon auszugehen, dass vom Vertrag zurückgetreten wird. Damals ist es um alles gegangen – und plötzlich fließen von Interessenvertretungen nach § 7 Z. 4 des Parteiengesetzes 747 826 € an die Freiheitliche Partei Österreichs.

Ich habe nachgefragt, und ich glaube, die Antworten sind durchaus glaubwürdig: Das Geld an die FPÖ ist **nicht** vom ÖGB gekommen, ist **nicht** von der Arbeiterkammer gekommen und ist **nicht** von der Wirtschaftskammer Österreich gekommen. (*Dkfm. Fritz: Es ist interessant, dass man diesen Herrschaften glaubt und mir nicht! Ich habe Ihnen gerade gesagt, von der IV ist es auch nicht gekommen, nicht in dieser Größenordnung!*) Dann muss es eine geheimnisumwitterte Interessenvertretung geben, auf die wir bis jetzt nicht gestoßen sind.

Es geht jetzt nicht darum, Herr Fritz – damit es kein Missverständnis gibt –, die Glaubwürdigkeit zu beurteilen. Das ist die Aufgabe einer späteren Phase des Ausschusses, und Sie haben vollkommen Recht, dass wir morgen Herrn Präsidentem Leitl vergleichbare Fragen stellen müssen, um das auch im Verhältnis beurteilen zu können.

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich gehe davon aus, dass dieses Geld im Wesentlichen von der Industriellenvereinigung gekommen ist.

Dkfm. Lorenz Fritz: Das ist eine Unterstellung, Herr Vorsitzender!

Obmann Dr. Peter Pilz: Im Jahr 2004 waren es 361 656 €; über das Jahr 2004 hinaus ist es nicht sinnvoll – das haben Sie selbst völlig richtig bemerkt –, Sie zu befragen. – Können Sie uns irgendeinen Grund nennen, warum Interessenvertretungen, und zwar Interessenvertretungen der Wirtschaft, ab dem Jahr 2003 plötzlich hohe Beträge an die FPÖ gezahlt haben?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ich kenne keinen Grund. Ich kenne wirklich keinen Grund, das kann ich mit lauterem Gewissen sagen.

Wenn Sie zu der Schlussfolgerung kommen, dass Sie quasi das andere, weil das alles so glaubwürdig ist, ausschließen können und dass das jetzt die IV sein muss, wenn Sie meinen Vorhalt, das müsste ich auch wissen, jedenfalls in dieser Größenordnung, nicht zur Kenntnis nehmen, obwohl ich das definitiv ausschließe, dann machen Sie hier eine Unterstellung, Herr Vorsitzender! Das dürfen Sie machen – aber das ist es dann auch.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bin da aus einem einfachen Grund durchaus vorsichtig. Ich berufe mich immer auf Dr. Sickinger, der die wissenschaftliche Autorität in diesem Bereich ist, und ich gehe nicht davon aus, dass die Dokumentationen und Berichte und Analysen von Dr. Sickinger ausschließlich Unterstellungen sind. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass Sie über diese Summen nichts wissen, dass Sie keine Gründe wissen für die anschwellende Spendenfreudigkeit in Richtung Freiheitliche Partei. Auf die ÖVP und auf einige andere Umstände werden wir in einer späteren Fragerunde zurückkommen.

Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es war jetzt gerade die Rede von so anschwellenden Beträgen. – Bei der ÖVP sind mir derart anschwellende Beträge nicht bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie Fragen?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ja, an Sie, Herr Vorsitzender, weil Sie schon wieder eine Unterstellung gemacht haben und hier anschwellende Beträge von der ÖVP in den Raum stellen – und das ist einfach nicht der Fall! Das ist einfach nicht der Fall.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich werde Ihren Wunsch berücksichtigen und in einer weiteren Fragerunde auf die ÖVP-Summen zurückkommen.

Haben Sie irgendwelche Fragen – verfahrensordnungsgemäß – an die Auskunftsperson? (*Abg. Dr. Fekter: Ja!*) – Dann stellen Sie bitte diese Fragen!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Diplomkaufmann, der Herr Vorsitzende hat jetzt bezüglich der von den Interessenvertretungen an Parteien gehenden Gelder detailliert unser rechtsgültiges Parteiensystem und die Parteienfinanzierungen analysiert. – Ist dem Rechnungshof bekannt, wie die sich zusammensetzen? Muss dem Rechnungshof beispielsweise bei den 747 000 € darüber Auskunft gegeben werden, wie viel von der IV, wie viel von der

Arbeiterkammer, wie viel vom ÖGB, wie viel von der Wirtschaftskammer, wie viel von der Landwirtschaftskammer, wer immer hier als Interessenvertretung auftritt, kommt?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ich würde mir wünschen, dass das so wäre, denn dann könnte man diese Unterstellungen gleich eingrenzen. Ich weiß das allerdings nicht, denn das geht von den Parteien zum Rechnungshof. Ich habe da nie nachgefragt, nie Einsicht bekommen. Ich kenne das nicht, aber ich würde mir wünschen, dass es das gibt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, die 15 Prozent Steuer liefert die IV ab? (*Dkfm. Fritz: Ja!*) – In den Jahren 2001, 2002, 2003 hat – haben Sie vorhin erwähnt – die IV insgesamt einen Reformkurs gefahren, ähnlich wie die Wirtschaftskammer: Einsparungen der Mitgliedsbeiträge, Kürzungen, et cetera. – Können Sie das, was der Herr Vorsitzende vorhin erwähnt hat, dass es da ein großes Anschwellen der Parteienzuwendung gegeben hat, bestätigen?

Dkfm. Lorenz Fritz: Frau Abgeordnete, das habe ich bereits definitiv ausgeschlossen. Er glaubt mir nur nicht. In dieser Größenordnung ist das ganz sicher nicht von der IV gekommen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, mir ist als IV-Mitglied bekannt, dass im Zusammenhang mit den damaligen Reformbewegungen bei Interessenvertretungen die Wirtschaftskammer eine sehr aggressive Reformdebatte mit Kürzungen bis zu 30 Prozent der Mitgliedsbeiträge und im Hinblick auf die Belastungen der Mitglieder geführt hat. Das hat die Industriellenvereinigung enorm in Zugzwang gebracht, und auch dort hat es dann größere Reformbewegungen gegeben.

In welcher Größenordnung in etwa sind die Parteispenden – wenn man sie vielleicht mit jenen in den neunziger Jahren im Durchschnitt vergleicht – ab 2000 zurückgegangen?

Dkfm. Lorenz Fritz: Lassen Sie mich das so beantworten, dann kann ich bei meiner Linie bleiben: Es sind im Jahr 2000 in den Medien Ziffern herumgegeistert, die in die Größenordnung von 200 000 bis 300 000 € gegangen sind, die ich nie bestätigt habe, die ich heute auch nicht bestätigen möchte, die ich aber damals nicht dementiert habe.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, gleichzeitig mit dem Reformvorhaben der Industriellenvereinigung, sich auf Kernkompetenzen zu beschränken und gewisse Projektfinanzierungen zu übernehmen, ist auch sozusagen die Großzügigkeit gegenüber dem Parteiensystem zurückgegangen. Bezüglich Bundesebene haben Sie mit Gusenbauer gesprochen, der eine Finanzierung durch die IV auf Bundesebene abgelehnt hat. In Oberösterreich haben wir Mitte der neunziger Jahre durch die Privatisierung plötzlich eine Vielzahl von Neumitgliedern aus der ehemaligen Verstaatlichten bekommen, die, sage ich einmal, sicherlich sehr SPÖ-minded auch in der Geschäftsführung waren.

Können Sie ausschließen, dass die eigentlich finanziell stärkste Gruppe der IV, nämlich Oberösterreich – Oberösterreich hat immerhin fast 28 Prozent des gesamten IV-Anteils –, dass die SPÖ Oberösterreich das Geld auch abgelehnt hat?

Dkfm. Lorenz Fritz: Frau Abgeordnete, das weiß ich nicht, da hatte ich auch nie Einblick. Sie müssen wissen, dass es eine Zehn-Firmen-Praxis – nicht nur -Theorie – in der Industriellenvereinigung gibt. Das heißt, wir haben pro Bundesland einen eigenen Verein mit eigenem Statut, eigenem Präsidium, eigenem Budget, eigenen Verantwortungen für diese Fragen und eine Bundesorganisation. Ich war nur zuständig für die Bundesorganisation, und bei mir haben natürlich die Geschäftsführer dieser Landesorganisationen über diese Dinge nichts gehört. Die haben mir umgekehrt natürlich auch nichts gesagt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Daher können Sie wahrscheinlich auch nicht bestätigen, dass sich mit der Regierung Schwarz-Grün in Oberösterreich auch diese Praxis leicht modifiziert hat?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ich kenne, wie gesagt, keine Praxis der Landesgruppen, weder damals, geschweige denn heute. Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Spendenfreudigkeit gegenüber der FPÖ: Ist irgendjemand im Hinblick auf Wahlkampfunterstützung für die FPÖ gezielt an Sie herangetreten?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das wäre wohl nicht glaubwürdig, wenn Generalsekretäre der Parteien, die gelegentlich Parteispenden erhalten haben, in Wahljahren gesagt haben, dass es ihnen finanziell hinten und vorne nicht zusammengeht und sie sich schließlich etwas erwarten. Das war üblich, klar. – Wie weit wir darauf eingegangen sind, war wieder etwas Zweites.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Jahr 2002 hat aber die FPÖ nur 20 000 erhalten?

Dkfm. Lorenz Fritz: Da sind wir, glaube ich, auch nicht angesprochen worden. Jedenfalls habe ich diesbezüglich keine Erinnerung.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Diplomkaufmann, Sie haben heute geredet von der *Historie* der Partei- beziehungsweise von der Parteienfinanzierung beziehungsweise von den Geldflüssen über die Industriellenvereinigung. – Woraus begründet sich die Historie? Wann fängt das an? Ist das eine Nachkriegsgeschichte oder Zweite Republik?

Dkfm. Lorenz Fritz: Da müssten Sie jetzt mit langjährigere – es gibt noch langjährigere – Generalsekretären vor mir, wie vielleicht Professor Krejci, reden. Ich habe dieses Parteiengesetz „geerbt“, und die damit verbundenen ... – Noch einmal: Das Parteiengesetz ist nicht aus irgendeinem Grund, aus einem theoretischen Grund ins Leben gerufen worden; ich weiß auch gar nicht, wann das beschlossen worden ist, habe auch nicht nachgesehen, aber es war lange vor meiner Zeit.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Diplomkaufmann, ich glaube, eines können wir nicht wegdiskutieren – Sie haben das auch behauptet –: Wenn die Wirtschaft etwas spendet, dann ist immer ein gewisser Zweck oder zumindest ein Rückfluss, ein unterstützender Rückfluss zu erwarten. Das heißt, das kann man schon als Lobbyismus im engeren Sinne bezeichnen – auch für die Wirtschaft?

Dkfm. Lorenz Fritz: Der war mir eben zu eng. Wenn Sie Lobbying so definieren: Eine Hand wäscht die andere! – darum geht es in dem Zusammenhang ja –, dann ist das für mich eigentlich nicht Lobbying. Aber ich schließe nicht aus, dass man das in der Vergangenheit bei Interessenvertretungen, inklusive der IV, einmal so gesehen hat. Wir haben uns neu positioniert. In Brüssel brauchen Sie mit diesem Denkmuster erst gar nicht anzutreten.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Diplomkaufmann, wenn wir schon diesen Zusammenhang zum Beispiel Parteispenden an die FPÖ wieder herstellen: Mich würde interessieren, ob Sie sich erinnern können, wie hoch der Betrag im Jahr 1999 war, denn der war eigentlich relevant. Dieser hat dann auch eine Bewegung eingeleitet, die mit Finanzminister Grassler geendet hat. Wenn man heute hinterfragen würde, ob die Unterstützung nicht doch an die Wirtschaft zum großen Teil zurückgeflossen ist, nämlich in Form der Gruppenbesteuerung, Steuererleichterungen, KöSt – sehen Sie da einen Zusammenhang?

Dkfm. Lorenz Fritz: Den hat man uns bei der Homepage-Sache ganz deutlich und direkt unterstellt. – So ist das **nicht** gelaufen, kann ich Ihnen nur sagen! Da war ich ziemlich eingebunden, obwohl das auch wieder überhaupt nicht zur Causa gehört; nur damit Sie in Ihrem Verständnis zumindest von mir einen Input dafür bekommen. Wenn es so einfach wäre, dass man mit diesen Beträgen einen Finanzminister sponsert, damit er dann diese Gesetze durchbringt ...

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Ich verstehe.

Herr Diplomkaufmann, eine ganz konkrete Frage: Müssen Sie im Rahmen der Industriellenvereinigung die Herkunft dieser Gelder auch offenlegen? Könnte es sein, dass nicht nur Mitglieder der IV, sondern auch Private oder Interessengemeinschaften, beispielsweise EADS, Ihnen Geldflüsse haben zukommen lassen, die über Ihren Weg ihren anderen Weg finden?

Dkfm. Lorenz Fritz: Noch einmal: Das ist ein separates Konto, auf das jeder einzelne Fall verbucht wird. Sie müssen für jeden einzelnen Fall diese 15 Prozent abziehen, und daher ist jeder Fall über meinen Schreibtisch gegangen. – So viele waren es nicht, dass das einen riesigen Bürokratieaufwand für mich bedeutet hätte. – Ich habe schon wissen wollen, warum wir das tun sollen. Wenn wir schon als Serviceorganisation gebraucht werden, sage ich einmal, dann will ich schon auch wissen, wofür.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Aber Sie haben jetzt nicht ausgeschlossen – ich habe sehr genau aufgepasst –, dass auch Nicht-Mitglieder der IV oder ...

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, Entschuldigung, das habe ich überhört. Mitglieder der IV – da hätten wir eine falsche Buchhaltung. Das ist ja ein besonderer Mitgliedsbeitrag. (*Abg. Faul: Ich verstehe! Das waren alles Mitglieder!*) Und wer kein Mitglied ist, kann keinen Mitgliedsbeitrag überweisen. Da müssten wir noch ein Konto angelegt haben – das wäre dann aber ein schwarzes, und das schließe ich aus.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Diplomkaufmann, warum, glauben Sie, verzichten die Firmen, die auch direkte Zuwendungen an die Parteien machen könnten, auf diese Steuerabschreibungen und machen dies im Wege der IV, wo sie eigentlich 15 Prozent mehr zahlen, noch dazu brutto?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ich weiß das aus persönlichen Gesprächen mit Mitgliedern, weil ich das auch immer wissen wollte – man will ja die Motive seiner Mitglieder verstehen; sonst hätten wir übrigens auch diese Praxis nicht gehabt, wenn sie nicht gute Motive gehabt hätten –: Die wollten diesbezüglich überhaupt nicht in die Öffentlichkeit gezogen werden, und das war ihnen die 15 Prozent locker wert.

Erinnern Sie sich an die deutsche Diskussion! Wenn Sie einen Bundeskanzler in die Situation bringen, er soll einen Namen nennen. – Also, entschuldigen Sie, Sie selbst wollen vielleicht öffentlich werden, aber als Mitglied der Industriellenvereinigung wollen Sie das ganz sicher nicht.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Diplomkaufmann, bleiben wir bei dem deutschen Beispiel! Wenn Sie heute die Situation der Industriellenvereinigung schildern, und ich kenne einige Mitglieder persönlich sehr gut, die sagen: Wir wollen uns eigentlich von den Parteien und von den Parteizugehörigkeiten distanzieren und wir wollen eigentlich einen Lobbyismus für die Industrie und für die Wirtschaft in Österreich machen! Halten Sie dieses System noch für zeitgemäß in diesem Sinne? Es wird Ihnen nicht erspart bleiben, dass es dorthin geht; das kritisiere ich sehr oft.

Dkfm. Lorenz Fritz: Ich bin Ihnen sehr dankbar für die Frage, denn jetzt gehe ich ein Stück weiter und sage: Es war damals eine Minderheit – darum waren ja die Fälle auch

überschaubar –, die das sofort führen wollte. Die Mehrheit war genau so, wie Sie das beschrieben haben, die fing mit diesem System nichts mehr an.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Diplomkaufmann, noch ein bisschen etwas Konkretes: Haben Sie selbst den Vertrag der Plattform gekannt, also den Vertrag über die Gegengeschäfte, die auf die Plattform übertragen wurden?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein. Ich kenne nur die Kriterien – daran haben wir intensiv mitgearbeitet; wir reden von der Plattform im Wirtschaftsministerium? (*Abg. Faul: Ja!*) –, die diese Plattform anwenden soll, was dann ein Gegengeschäft ist und was nicht. Wir wollten ja nicht irgendwelche Gegengeschäfte, sondern wir wollten welche, die Österreich weiterbringen, daher haben wir uns intensiv mit diesen Kriterien befasst. Ich könnte sie Ihnen noch einmal aufzählen, wir haben sie damals mitbesprochen. – Das war im Wesentlichen das, wo ich selbst dabei war.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Diplomkaufmann, Ihr Vertreter in dieser Plattform hat ebenso wie der von der Wirtschaftskammer, ebenso wie der von der Arbeiterkammer ausgesagt, dass Sie im Prinzip eigentlich sehr *untief* – sage ich einmal – in diese Materie eingedrungen sind – es ist Ihnen da etwas vorgelegt worden – und eigentlich ein bisschen unreflektiert. Das habe ich auch von Mitgliedern Ihrer Industriellenvereinigung so erfahren: Unreflektiert hat man das zur Kenntnis genommen. – Heute geprüft, weiß man, dass natürlich auch vieles nur im Bereich der Möglichkeiten gelegen ist. War das der Grund dafür, dass Sie sich eine eigene Plattform angelegt haben (*Dkfm. Fritz: Nein!*), wo Sie dann direkt wissen, was rückgeflossen ist beziehungsweise was Gegengeschäfte waren?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein. – Um zunächst auf den ersten Teil Ihrer Frage einzugehen: Ich weiß noch aus Diskussionen mit Fritz Hoess, den Sie leider nicht mehr fragen können, dass er nicht in allen Fällen über die Einhaltung der Kriterien dieser Plattform glücklich war. Er war dort eine Stimme, hat sich dort auch geäußert – mehr Möglichkeiten hatten wir dort nicht.

Bei der anderen Plattform ging es darum, dass Firmen, bevor sie sich überhaupt beim Wirtschaftsministerium melden, im Hinblick auf ihre Chancen beraten werden, was sie an Qualität und an Leistungsfähigkeit einbringen müssen, damit sie dann überhaupt berücksichtigt werden, et cetera, et cetera. Also es war ein zusätzliches Service über diese Plattform des Wirtschaftsministeriums hinaus.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Eine letzte persönliche Frage, Herr Diplomkaufmann: Halten Sie die Ergebnisse, die rückgeflossen sind, für wahrscheinlich? Oder sind sie unter dem Druck der Politik doch ein bisschen schöngeredet worden? Was ist Ihr persönlicher Eindruck? Was ist dabei herausgekommen, realistisch gesehen?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ich glaube, wir können das heute nicht wirklich wissen. Aber wenn die 4 Milliarden zustande kommen, wovon ich ausgehe, dann denke ich, dass ein Großteil für Österreich sehr wohl sehr relevant war und uns damit sehr wohl weitergebracht hat. Ob das alles war, was wir uns damals vorgestellt haben – wir als IV –, das kann man auch erst dann sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke. – Kollege Darmann.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke, Herr Vorsitzender, ich habe keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Fritz, haben Sie eine Vorstellung, was andere Interessenvertretungen an andere Parteien oder an Parteien im Vergleich zu den Volumina der IV in etwa zahlen, damit wir in etwa einen Vergleich haben?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das ist auch dort Geschäftsgeheimnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe gedacht, das ist vielleicht Bracheninsiderwissen.

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein. Das Einzige, das sich herumgesprochen hat – und das ist jetzt keine Nebelgranate, die ich werfe –, ist, dass – aber Sie werden mir jetzt nicht abverlangen, zu sagen, wer das war – die Interessenvertretung vergessen hat, die 15 Prozent abzuziehen. Das mussten sie dann brav nachzahlen. – So etwas spricht sich dann herum. (*Abg. Dr. Fekter: Das waren 5 Millionen!*) Das war ein größerer Betrag, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sehen Sie. – Ich wollte nämlich darauf hinaus, dass man von diesen 15 Prozent auf die 100 schließen kann. (*Dkfm. Fritz: Das ist Ihr Geschäft!*) Und daher stellt sich dann heraus, dass es sich hier nicht um Hunderttausende, sondern um Millionen handelt. – Ist das richtig?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, da habe ich keine Sorge, dass Sie da bei der IV so draufkommen. (*Abg. Mag. Stadler: Nein, bei der IV nicht, ich meine jetzt bei anderen Interessenvertretungen!*) Das schließe ich nicht aus. Das **kann** ich nicht ausschließen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nur damit wir ein bisschen die Paritäten zurechtrücken.

Nun eine Frage: Historisch betrachtet ist es doch so, dass in der IV auch immer Mitglieder waren, die politisch, weltanschaulich dem Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender oder der FPÖ nahestehend waren. – Ist das richtig?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das ist sicher richtig, ja. (*Abg. Dr. Fekter: Leider ja!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte nur für das Protokoll den Zwischenruf der Kollegin Fekter festhalten: Leider ja! – Es ist der ÖVP noch nicht gelungen, eine durchgängig schwarze Wirtschaft herzustellen. (*Dkfm. Fritz: Nein, inzwischen ist sie noch mehrfärbiger!*)

Wir halten nur fest, dass es immer auch freiheitliche IV-Mitglieder gab, denen es auch ein Anliegen war, dass nicht nur die ÖVP unterstützt wird. – Ist das richtig?

Dkfm. Lorenz Fritz: Sonst würde die FPÖ ja auch nichts bekommen haben. Richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, das im Jahre 2001 war eher ein Ausreißer nach unten, dass die FPÖ nichts bekommen hat?

Dkfm. Lorenz Fritz: Vielleicht waren da Mitglieder, die Mitglieder bei uns waren und auch Funktionen in der Partei hatten, mit dem Parteikurs auch nicht zufrieden. Aber das ist jetzt meine Spekulation.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das halte ich für relativ schwer nachvollziehbar, weil dort noch sensationelle Wahlerfolge ins Haus standen. Das war noch in der Hochphase, als wir noch um wenige tausend Stimmen stärker als die ÖVP waren.

Dkfm. Lorenz Fritz: Also ich habe den Beruf des Politikbegleiters 2004 aufgegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich will nur herausarbeiten, wie ungerecht die FPÖ im Vergleich zur ÖVP behandelt wurde. Das ist vielleicht gar nicht schlecht, wenn wir das auch einmal bei Protokoll haben.

Dkfm. Lorenz Fritz: Von den Mitgliedern her gab es schon eine überwiegende ÖVP-Klientel, das wissen Sie auch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das weiß ich genau, aber ich weiß auch ziemlich genau, dass es große Industriebetriebe gab – ich kenne das aus meiner früheren Heimat, aus dem Bundesland Vorarlberg –, sehr große Industriebetriebe, denen es immer ein Dorn im Auge war, dass hier eine gewisse Disparität vorhanden war. Nur damit wir das historisch zurechtrücken.

Dkfm. Lorenz Fritz: Das stimmt, das habe ich bestätigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gibt es zwischen den Parteien und der IV eine Kommunikation über die Deklaration der Gelder an den Rechnungshof?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, weil uns das überhaupt nichts angeht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So ist es. Mir geht es nur darum, das im Protokoll festzuhalten.

Das heißt, wenn der Finanzreferent der FPÖ, ein gewisser Herr Neudeck ... – Ist Ihnen der bekannt? (*Dkfm. Fritz: Nein!*) Nicht bekannt; da haben Sie nicht wirklich etwas versäumt. Er ist, glaube ich, auch nicht Mitglied bei der IV? (*Abg. Dr. Fekter: Nein! Wirtschaftskammer Immobilien!*) Es könnte möglich sein, man kennt ja seine ganzen Wirtschaftsverflechtungen nur rudimentär.

Wenn also Herr Neudeck als damaliger Finanzreferent der FPÖ im Jahre 2003 747 800 und ein paar zerquetschte Euro als Beträge der IV, als Beträge von Interessenvertretungen ausweist, so ist deswegen noch nicht unbedingt gesagt, dass dieser Ausweis auch richtig ist. (*Dkfm. Fritz: Das weiß ich nicht!*)

Sie haben gesagt, dass im Jahre 2003 die IV in etwa zwischen 200 000 und 300 000 € an Parteien ausgeschüttet habe. (*Dkfm. Fritz: In Summe, ja!*) Und zwar an alle? (*Dkfm. Fritz: Ja!*)

Wenn wir davon ausgehen, dass es eine Annahmeverweigerungspartei gibt, nämlich die SPÖ, eine Partei, die Sie von vornherein nicht in Betracht gezogen haben, nämlich die Grünen, dann bleiben nur zwei Parteien übrig, die im Jahre 2003 zwischen 200 000 und 300 000 € bekommen haben. Wenn wir davon ausgehen, dass davon wiederum der Löwenanteil bei der ÖVP gelandet ist, dann dürfte es sich maximal um ein Verhältnis 1 : 2 handeln. – Ist das in etwa ein realistisches Ausmaß? Oder ist es gar 1 : 4 oder 1 : 3?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das weiß ich jetzt nicht, wie das in den einzelnen Jahren war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Oder entsetzlicherweise gar 1 : 10?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das hat gependelt. Aber es war eins zu irgendetwas.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also jedenfalls eins zu einer vielfachen Größenordnung. – Das würde bedeuten, dass im Jahr 2003 jedenfalls nur ein Bruchteil dieser 747 800 und ein paar Zerquetschten, die der Herr Neudeck als Beiträge von Interessenvertretungen ausgewiesen hat, von der IV kommen können?

Dkfm. Lorenz Fritz: Wenn Ihr Ausschließungsverfahren jetzt stimmt, was ich auch nicht weiß, dann ist es so.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann dürften aber diese Beträge, die von der IV im Jahre 2003 gekommen sind, nicht die Hundertausender-Marke überschritten haben?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das kann ich Ihnen jetzt wirklich nicht sagen. Aber von der Größenordnung her (*Abg. Mag. Stadler: Ist das wahrscheinlich!*) bewegt es sich dort. Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also, es ist wahrscheinlich, sodass zumindest etwa 650 000 von woanders hergekommen sein mussten. Nur, damit wir ein bisschen die Grundrechenarten gegen-checken, ob ich da richtig liege. Es kann ja sein, dass ich dort auch schon Defizite habe. (*Abg. Gahr: Wo noch?*) Das Alter schlägt erbarmungslos mit seiner Krücke auch bei mir zu.

Sind Ihnen bei anderen Interessenvertretungen, die derartige Zuwendungen tätigen, aus Ihrer langjährigen Tätigkeit im Interessenvertretungsbereich solche Zuwendungen bekannt?

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein! – Noch einmal: Darüber hat man nicht einmal unter uns Insidern im engsten Netzwerk gesprochen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha! Daher wird die Anregung an den Ausschuss gehen, den Herrn Neudeck laden zu sollen, damit wir endlich Klarheit über die tatsächliche Deklaration. Eventuell hat der Rechnungshof hier auch einen Ermittlungsbedarf. – Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich kann da gleich anknüpfen, weil das genau der Punkt ist, auf den ich noch zurückkommen wollte.

Wir hatten 2002 ein Wahljahr. Und in den Meldungen der Parteien an den Rechnungshof gibt im Wahljahr 2002 die ÖVP im Wesentlichen Spenden von Interessenvertretungen in der Höhe von 1.369.105 € an. Die FPÖ gibt im Wahljahr 2002 Spenden in der Höhe von 20.000 € an Und dann kommt das Nachwahljahr 2003, das Eurofighter-Vertragsjahr. Da hat die ÖVP 314 000 € und die FPÖ plötzlich 747 826 €, also doppelt so viel wie die ÖVP, angegeben.

Jetzt, um das Ausschließungsverfahren zu komplettieren: Wirtschaftskammer und Bundesarbeitskammer dürfen als gesetzliche Interessenvertretungen die Kammerbeiträge nicht an Parteien weiterleiten, denn das wäre strafbar. Die freiwilligen Interessenvertretungen dürften das. Als freiwillige Interessenvertretungen bleiben ÖGB und Industriellenvereinigung übrig. Es ist sehr unplausibel – und ich sehe das wie Sickinger und viele andere –, dass der ÖGB der FPÖ im Jahr 2003 eine Summe von 600 000 € oder mehr überwiesen hat. Das wäre ein politisches Wunder, an das ich nicht glaube.

Jetzt sagen Sie – und wir müssen davon ausgehen –, die Industriellenvereinigung hat es auch nicht in dieser Größenordnung getan. Gibt es noch eine dritte Möglichkeit?

Deswegen habe ich ja vorhin gefragt, denn diese Meldung kommt ja nicht von der Interessenvertretung an den Rechnungshof, sondern von der Partei an den Rechnungshof. Die Partei kann dem Rechnungshof schlicht und einfach etwas vollkommen Falsches gemeldet haben.

Dkfm. Lorenz Fritz: Noch einmal: Ich spekuliere da nicht mit Ihnen!

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, ich gehe es jetzt nur durch.

Dkfm. Lorenz Fritz: Entschuldigung! – Das kann auch erst 2003 bei der Partei verbucht worden sein und dann weitergegeben worden sein. Aber ich spekuliere darüber nicht!

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, Herr Fritz, ich wollte Sie gar nicht zu Spekulationen verleiten, sondern ich fasse jetzt nur zur Begründung weiterer Fragen einmal für mich so eine Art sachliches Zwischenergebnis zusammen, damit wir von dem ausgehen können. Das heißt, da hat der Kollege Stadler schon recht: Wir müssen jetzt versuchen, draufzukommen – und da werden Sie uns relativ wenig helfen können (*Dkfm. Fritz: Das stimmt!*) –: Warum steht da plötzlich in der öffentlichen Deklaration

dieser Art von Parteispenden im Jahr 2003 bei der FPÖ doppelt so viel wie bei der ÖVP?

Und das kommt mit Sicherheit nicht von einer der beiden Kammern, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht vom ÖGB, und in dieser Höhe mit Sicherheit nicht von der Industriellenvereinigung, wie Sie sagen. Also was bleibt über? Wir werden da jemand anderen fragen müssen. Es ist ein ganz wichtiger Punkt.

Im Jahr 2004 schaut es aus wie folgt: Da kriegt die ÖVP eine Summe von 673.100 €, und die FPÖ nach wie vor die beträchtliche Summe von 361.656 €. Wenn wir die Jahre 2001 bis 2004, also die für den ganzen Beschaffungsprozess maßgeblichen Jahre zusammenzählen, hat die ÖVP von Interessenvertretungen in dieser Zeit 2.925.960 € erhalten, also fast 3 Millionen €, die FPÖ 1.129.482 € – eben mit dieser signifikant seltsamen Entwicklung im Jahr 2003 und mit diesem rapiden Anstieg von null in den Jahren 2000 und 2001 über 20 000 € im Wahljahr 2002 auf diese geschilderte hohe Summe. – Das ist jetzt einmal das eine.

Ich glaube, dass Sie uns da nicht wesentlich weiterhelfen können. Deswegen komme ich zum zweiten Punkt, zur Frage Magna. Sie haben geschildert, Ende der neunziger Jahre war da nichts mehr, und dann ist es zu diesem Eintritt der Magna Steyr Fahrzeugtechnik mit Sitz in Graz in die Industriellenvereinigung gekommen.

Meines Wissens war das aber nicht zu der Zeit, wie Sie gesagt haben – und da kann man sich ja wirklich um ein Jahr irren; ich habe da kein Problem damit –, denn wenn ich ins „WirtschaftsBlatt“ vom 18.12.2003 hineinschaue, dann lese ich hier:

Vor wenigen Wochen ist die Magna Fahrzeugtechnik wieder der Industriellenvereinigung beigetreten.

Dkfm. Lorenz Fritz: Wann war das: „vor wenigen Wochen“?

Obmann Dr. Peter Pilz: Das müsste dann im November 2003 gewesen sein.

Dkfm. Lorenz Fritz: Das stimmt auch. Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das bestätigen Sie: dass es im November 2003 zu diesem Wiedereintritt gekommen ist.

Dkfm. Lorenz Fritz: 18. November 2003.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Das wissen wir jetzt zum ersten Mal dezidiert: Am 18. November 2003 ist Magna in Form von Magna Steyr Fahrzeugtechnik mit Sitz in Graz wieder der Industriellenvereinigung beigetreten.

Der Magna-Kommunikationschef Rudas hat erklärt, die IV habe sich zu einer reformorientierten Serviceorganisation entwickelt. Hat es da irgendwelche großen Änderungen in der Tätigkeit der IV gegeben? War die IV vor dem Jahr 2003 keine reformorientierte Serviceorganisation?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ich darf da zwei Minuten Ihrer Zeit in Anspruch nehmen, um zu sagen, warum es uns so wichtig war, dass die als Mitglied zurückkamen, denn sonst zieht man wieder die falschen Schlüsse.

Die Steyr Fahrzeugtechnik ist wirklich ein Kernstück der österreichischen Industriegeschichte, könnte man sagen, und war daher immer unser Mitglied. Und mit der Übernahme von Magna mussten die Steyr Fahrzeugtechnik austreten. Das damalige Management wollte das ja nicht, aber der neue Eigentümer wollte es. Der neue Eigentümer hat zunächst zu beurteilen gehabt – es steht mir nicht zu, im Detail nähere Ausführungen zu machen, da fragen Sie besser den Herrn Rudas, auch für sein Exgeschäft –, was das für einen Sinn hat, was das für einen Nutzen hat. Das ist ja

legitim. Und dessen Vorstellungen waren am Beginn sicher nicht die, dass die Industriellenvereinigung da so großartig hilft – dem Management vor Ort vielleicht, aber das war dem Eigentümer zu wenig, um Mitglied zu werden.

Ich weiß das deswegen, weil wir ja dann versucht haben, Gespräche mit Leuten bis hin zu Wolf zu führen, und das ist lange Zeit überhaupt nicht gelungen, weil es in diesem Sinne keine Nutzen-Überlegung gab.

Es gab meiner Meinung nach zwei Dinge – aber vielleicht gab es bei Magna ganz andere; da fragen Sie ihn wirklich besser selber –, wo wir dann das Gefühl hatten: Aha, da kommen wir jetzt hinüber im Sinne von: Da gibt es jetzt eine Nutzen-Überlegung oder eine Interessensabwägung beim Magna-Management. Das eine war: Es gab damals in der Wirtschaftskammer eine Arbeitsgemeinschaft, die hieß **AOEM**, Austrian Original Equipment Manufacturers, und da waren viele Automotive-Firmen dabei. Die haben sich pro Bundesland in Clustern zusammengeschlossen und dann auch in einem Dachverband in dieser ARGE in der Kammer. Das Magna-Management war mit dieser ARGE in der Kammer und in dieser Funktion. Was tut diese ARGE? Denn: Dort haben sie ja auch einen Mitgliedsbeitrag bezahlt, sind nicht ausgetreten. Dort haben sie keine weitere Zukunft gesehen, wie sie selber im Zuge des Automotive-Clusters, den sie ja österreichweit – nicht nur österreichweit, wie Sie wissen – weitertreiben wollten ...

Wir hatten damals auch Mitglieder, die mit dieser Arbeitsgemeinschaft nicht sehr zufrieden waren. Und dann gab es dieses Bemühen. Die Arbeitsgemeinschaft ist dann mit Hilfe der IV auch geschlossen worden. Und es wurde die „**Triple A Austrian Automotive Association**“ an deren Stelle gegründet. Die sollte alle diese Cluster, die es im Automotive gab, als Service-Center zusammenfassen. Dies ist dann unter Federführung der IV erfolgt. Daher ist seine Aussage, da gibt es dann eine zusätzliche Leistung oder Service, verständlich.

Das zweite Thema war dann sicherlich bei der Abwicklung der Gegengeschäfte, ganz offen gesagt. Es gibt ja auch eine eigene Initiative der Industriellenvereinigung, über die wir heute noch nicht geredet haben, die heißt – ich schaue nach, damit ich Ihnen das auch ganz genau sage – Initiative „Industrie & Offset“, wo die großen Firmen nicht in dieser Organisation „Plattform“, mit der Kammer zusammen mit den KMUs ihre Themen verfolgen wollten, weil es sehr spezifische Fragestellungen sind, ob man ein KMU ist, um in das Gegengeschäft hineinzukommen, oder eine große Firma.

Die großen Firmen hatten das Anliegen, ein eigenes Service zu haben, und es heißt – ich will nicht schon wieder das Wort „Plattform“ verwenden – Initiative „Industrie & Offset“. Dazu können Sie auch den Herrn Neumayer befragen, denn der macht das bis heute.

Und das haben wir natürlich auch im Interesse von Magna gemacht. Das waren die zwei Dinge, wo sie dann aus unserer Sicht wieder gesagt haben, sie werden ... – Steyr Fahrzeugtechnik hat dann die Erlaubnis bekommen, wieder Mitglied zu werden, Magna ist es ja nach wie vor nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, das Interesse an der Abwicklung der Gegengeschäfte war Ihrer Meinung nach (*Dkfm. Fritz: Dieses Service!*) eines der Schlüsselmotive für den Beitritt der Steyr Fahrzeugtechnik in die Industriellenvereinigung. (*Dkfm. Fritz: Eines!*) Ich habe gesagt: Eines der Schlüsselmotive.

Herr Rudas hat damals dem „WirtschaftsBlatt“ gegenüber Folgendes wörtlich erklärt:

Deshalb sind wir jetzt bereit, nicht nur mitzuzahlen, sondern auch mitzugestalten. – Zitatende.

Beginnen wir einmal beim „mitzuzahlen“. – Wie viel hat MAGNA der Industriellenvereinigung gezahlt?

Dkfm. Lorenz Fritz: Da gilt wieder: Über Mitgliedsbeiträge ... – Ich weiß es nicht, sage ich Ihnen gleich. Aber selbst wenn ich es wüsste, müsste ich mich wieder auf – was war das? – § 7 Abs. 5 VO berufen.

Mitgliedsbeiträge, überhaupt einzelner Mitglieder, die sich von anderen sofort vergleichen lassen, haben wir nie öffentlich gemacht. Und ich bitte, zu verstehen: Ich möchte das auch hier nicht tun! Aber ich weiß es gar nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kommen wir zum System zurück. Meines Wissens gibt es ja bei der Industriellenvereinigung das Prinzip, dass man mit den einzelnen Mitgliedern ihre Beiträge aushandelt. Ich habe mir das einmal im Telekom-Bereich angeschaut. Die verschiedenen großen Telekomanbieter zahlen ja äußerst **unterschiedliche** Mitgliedsbeiträge. Und A 1 wird von der Industriellenvereinigung auch in einem etwas anderen Umfang betreut als zum Beispiel T-Mobile. Das hat auch sicherlich damit zu tun. Deshalb gibt es auch keinen Standardmitgliedsbeitrag für Industriebetriebe.

Deswegen ist es für den Ausschuss durchaus relevant, vor dem Hintergrund, dass eines der beiden Schlüsselmotive Ihrer Aussage nach mit den Gegengeschäften zu tun hat, die Höhe des ausverhandelten Mitgliedsbeitrages von MAGNA zu erfahren.

Aber nur eine Vorfrage: Hat MAGNA Ihrer Kenntnis nach ausschließlich ordentliche Mitgliedsbeiträge bezahlt?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ordentliche Mitgliedsbeiträge zahlen die wenigsten, würde ich sagen – (*Abg. Dr. Fekter: Wirklich wahr? Dann bin ich eine von den wenigen!*); es gibt welche, liebe Frau Abgeordnete! –, weil natürlich aus Sicht des Mitglieds der Aufwand, der verbunden ist, um sehr spezifische Problemstellungen von Mitgliedern zu betreuen, selbstverständlich hingenommen wird, aber in der Größenordnung einer kleinen Organisation – das ist die IV nach wie vor, es sind 70 Mitarbeiter in der Bundesorganisation – überschätzt wird.

Deshalb erlauben Sie mir die Bemerkung: Ordentliche Mitgliedsbeiträge gab es zu meiner Zeit nicht! Sonst hätte ich auch nicht das Thema gehabt, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Und das ist ja dann eine ständige Aufgabenstellung.

Aber jetzt zu Ihrer Frage zurück; ich kann Ihnen nur etwas Grundsätzliches beantworten: Es stimmt leider, dass Mitglieder ... – Es gibt Standards, was sie zahlen sollten. Und einer der Gründe, warum wir da nie einen einzelnen Mitgliedsbeitrag auch öffentlich machen, ist der, dass es natürlich zahlungskräftige Mitglieder gibt, die sagen: Ja, aber das ist es mir doch nicht wert, wenn ihr mich als Mitglied wollt, das ist das Maximum!

Entschuldigung, das passiert Ihnen doch auch im Geschäftsleben! Und dann gibt es – stellen Sie sich das vor! – 8 von 10, die zahlen das nach den Kriterien, die Sie generell vorgegeben haben. Nur: Die reduzieren Ihnen alle acht dann das! – Nur damit Sie verstehen, warum wir darüber in der Öffentlichkeit nicht wirklich reden wollen. Sonst ist ja nicht viel dahinter. Aber das wäre finanziell eine sehr schwere Belastung für die IV.

Das ist der wirkliche, der wesentliche Grund, und das kann ich mir schon vorstellen.

Ich war bei diesen MAGNA-Gesprächen, bei der Aufnahme nicht dabei, das hat die Landesgruppe gemacht. Es ist übrigens die einzelne Landesgruppe grundsätzlich zuständig dafür, das Mitglied aufzunehmen und auch den Mitgliedsbeitrag auszuverhandeln.

In besonderen Fällen laden wir uns dann von der Bundesorganisation Leute dazu ein. Aber das habe ich in diesem Fall nicht gemacht. Ich war nicht dabei. Es war die Landesgruppe Steiermark, die das wieder aufgenommen hat. Ob es da einen Diskont gab oder was sie da letztlich ausgehandelt haben, das weiß ich nicht. Aber ich kann es auch nicht ausschließen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Wir werden darauf noch zurückkommen. – Kollegin Fekter, gibt es noch Fragen? – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich bin ganz überrascht. Ich denke gerade darüber nach, wie ich meinen Mitgliedsbeitrag bei der IV reduzieren kann.

Tatsache ist doch, dass das Beispiel MAGNA irgendwie symptomatisch dafür ist, dass Großkonzerne, wo sich die Mitgliedsbeiträge im Allgemeinen an der Lohnsumme orientieren, nur mit einem Unternehmen beitreten oder mit einem Teil des Konzerns beitreten, um sozusagen im Hinblick auf die Argumentation dann die Beiträge etwas zu reduzieren. – Würden Sie das bei MAGNA auch so sehen?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das sehe ich genauso.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Interessenvertretungen eine Frage: Dem Herrn Kollegen Pilz sind nur zwei Interessenvertretungen eingefallen, und zwar der Gewerkschaftsbund und die IV. Mir fallen sofort mehrere ein; alleine die, wo ich Mitglied bin, sind schon mehrere. Also, die Summe, die dem Rechnungshof genannt wird, ist eine Pauschalsumme, die sich alle Interessenvertretungen – und das sind eben mehrere – dann teilen.

Bezüglich der Turbulenzen, die es dann in den Jahren 2002 und 2003 gab – Knittelfeld, dann die Wahl, dann die Teilung FPÖ, BZÖ –: Wie war das Ihrer Wahrnehmung nach im Hinblick auf die Finanzierbarkeit? Sind dann plötzlich mehrere bei Ihnen angestanden? Wie hat sich das dargestellt?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das war ein Glückstreffer insofern, als es so war: Erstens sind sie nicht angestanden, und zweitens mussten wir in dieser Zeit gar nichts tun, sage ich Ihnen ganz simpel, oder sehr wenig tun. Ich habe das nicht bedauert, um das auch sehr deutlich zu sagen, weil das auch im Sinne dieses Reduzierungsthemas sehr willkommen war.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Da Sie gerade im Hinblick auf die Landesorganisationen gesprochen haben. Das heißt, Sie können nur für die Bundesorganisation sprechen. Und bei der Bundesorganisation hat sich das Geld sozusagen auf die Regierungskonstellation verteilt. Die Landesorganisationen nehmen aber dann Rücksicht auf ihre Regierungskonstellationen. – Kann man das so sagen?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ich möchte einmal den Hintergrund Ihrer Frage, der ja wieder ein Subventionierungsthema betrifft, vorerst einmal weglassen und generell etwas dazu sagen: Die Arbeitsteilung ist sicherlich so, dass die Bundesorganisation mit der Bundesregierung und natürlich mit der Europäischen Regierung schaut, was auf der Agenda ist und was auf die Industrie zukommt et cetera. Dass es in einem föderalen Land natürlich noch eine Landespolitik gibt, und zwar eine nicht gerade unbedeutende, wissen wir alle, und es ist Aufgabenstellung der Landesgruppen, sich darum zu kümmern.

Aber noch einmal: Wenn die Frage in die Richtung geht, ob die Interessenlage dann auch bei Parteispenden eine unterschiedliche ist, muss ist unterstellen: Ja! Aber wie ich schon gesagt habe: Zehn-Firmen-Theorie.

Um Ihnen noch einmal verständlich zu machen, warum man im selben Konzern – das sind wir als IV nach wie vor – mit den Landesgruppen darüber nicht redet: Es war früher auch so, dass diese Landesgruppen in Wien sich etwas bestellt haben, wie es der Föderalismus grundsätzlich macht. In Wien hat man etwas bestellt. Bezahlen tun es ohnehin die Mitglieder, in diesem Fall der Steuerzahler, übertragen auf das Thema! Und ich musste ihnen beibringen – noch einmal: zwei Drittel davon sind jetzt europäisch –: Es wird sich in Oberösterreich oder in der Steiermark so viel nicht niederschlagen oder abbilden lassen oder vorweg sehen lassen.

Also, wir positionieren uns jetzt selbst. Daher war diese Firmentheorie im Sinne von: Was macht dann jeder, und wie verfolgt er diese Interessen dann wirklich auseinander genommen? Und darüber hat man schon deswegen nicht geredet, weil ich sie auch nicht in meine Karten in allen Fällen habe schauen lassen, obwohl wir letztendlich zum selben Verein gehören.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber ausschließen können Sie nicht, dass durch die unterschiedlichen politischen Konstellationen, die es in den einzelnen Bundesländern gibt, und auch durch die Zusammensetzung der Industriebetriebe – also ganz ursprünglich traditionellerweise Schwarz und leider auch ein bisschen Blau, weil ja die damalige Verstaatlichte nicht IV-Mitglied war; dann hat es die Privatisierung gegeben; dann ist die Verstaatlichte IV-Mitglied geworden, und somit waren auch die Interessen der Sozialdemokratie plötzlich in der IV; Strahammer beispielsweise war lange Zeit Präsident der Oberösterreichischen IV –, also ausschließen können Sie nicht, dass die Gelder auch nach diesen Interessensgruppierungen verteilt werden?

Dkfm. Lorenz Fritz: Auf Bundesebene hat sich das Gott sei Dank jetzt bei den Mitgliedern eingebürgert. Sie nannten da gerade Persönlichkeiten, wo Parteipolitik, wenn sie im Vorstand der IV sitzen, ja nicht wirklich eine Rolle spielt (*Abg. Dr. Fekter: Richtig!*), sondern etwas ganz anderes. Also, da kann ich es Ihnen überhaupt nicht bestätigen. Das ist jetzt wirklich eine Industrie, und das ist gut so, und die parteipolitische Punzierung ist absolut weggefallen. Da waren wir auch offen genug. Krejci hat das schon wollen: eine Industrie, und diese Parteipolitik hintanzuhalten.

In den Landesgruppen wird sie noch eine Rolle spielen, aber ich kann da weder etwas bestätigen noch ausschließen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dass die Parteipolitik in der Industriellenvereinigung eine geringere Rolle spielt, kann ich bestätigen, allein schon dadurch, dass, wenn die Industrie die gesetzliche Interessenvertretung wählt, nicht die wahlwerbenden Gruppen auftreten, sondern eine Einheitsliste. (*Dkfm. Fritz: Richtig!*) Das ist eine Bestätigung dafür, dass hier nicht aufgeteilt wird in Schwarz, Rot, Blau, Grün, wie immer.

Dkfm. Lorenz Fritz: Zum Leidwesen des Wirtschaftsbundes, wenn ich hinzufügen darf.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Richtig! – Ich habe keine weitere Frage mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dkfm. Fritz, ich muss noch einmal auf die in der ersten Runde relevierten Fragen zurückkommen: Meines Erachtens hat der Ausschussvorsitzende den Zusammenhang und den Hintergrund der Nachfrage nach einzelnen Spendern an die IV zur Weiterleitung klar begründet, weil es unerklärliche Ausschläge in den relevanten Jahren gibt. Ich frage Sie also noch einmal: Welche Firmen und Betriebe haben im Jahr 2002 und im Jahr 2003 der

Industriellenvereinigung zum Zwecke der Weiterreichung an die FPÖ und/oder die ÖVP gespendet?

Dkfm. Lorenz Fritz: Herr Abgeordneter Kogler, ich glaube, ich habe ganz deutlich ausgeführt, was mit dieser Causa zu tun hat, und wenn es da einen Fall gäbe, müsste ich jetzt hier Ihre Frage beantworten. Da es aber so einen Fall **nicht gibt** und ich das definitiv **ausschließen** kann, muss ich das nicht. Aber ich könnte es auch nicht, weil ich keine Liste dieser Themen habe und von der IV sicher auch nicht ermächtigt bin, mir eine solche zu beschaffen. Tut mir leid!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Verfahrensanwalt, bitte könnten Sie, nachdem Kogler gerade zum Procedere für die Beugestrafe ansetzt, nehme ich an, der Aussage des Zeugen Aufmerksamkeit schenken. Er hat gerade bestätigt – eindrucklich und zum fünften Mal! –, dass es keinen Zusammenhang gibt ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Abgeordnete Fekter, Sie führen hier, soweit ich weiß, **nicht** den Vorsitz! (Abg. Dr. Fekter: Aber vielleicht wende ich mich an den Verfahrensanwalt!) Zweitens: Sie haben auch sicherlich **nicht** das Recht, den Verfahrensanwalt hier zurechtzuweisen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nein! Ich habe ihn gebeten, weil ich nachher eine Auskunft von ihm haben will, ob da ein Zusammenhang besteht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Fritz hat jederzeit das Recht, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Ich glaube, das ist ihm bekannt.

Frau Kollege Fekter, ich habe es angekündigt: Sollte es zu einem Verfahren dieser Art kommen, werde ich, wie üblich, vorher die Sitzung unterbrechen, damit wir uns nicht in Form von unorganisiertem Geschrei, sondern in einer normalen, zivilisierten Aussprache über die weitere Vorgangsweise unterhalten können. Und dazu könnten Sie durch den Verzicht auf derartige Aktionen ganz wesentlich beitragen – auch im Sinne der Zeitökonomie und des guten Benehmens.

Ich bitte, in der Befragung fortzusetzen!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dkfm. Fritz, ich erinnere darüber hinaus daran, dass auch der Vorsitzende festgestellt hat, dass die Bewertung, ob und inwieweit diese allfälligen Zahlungen für den Untersuchungsgegenstand relevant sind, der Ausschuss vornehmen muss. Deshalb noch einmal die Frage: Welche Betriebe und Firmen haben in den Jahren 2002 und 2003 zum Zwecke der Weiterreichung an die politischen Parteien ÖVP und/oder FPÖ an die Industriellenvereinigung gespendet?

Dkfm. Lorenz Fritz: Gut, dann möchte ich mich an den Verfahrensanwalt wenden, weil aus meiner Sicht und aus der Sicht meiner Vertrauensperson, meines Beraters eindeutig klar ist, dass Sie diese Entscheidung treffen müssen, aber ich nicht antworten muss.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann **unterbreche** ich jetzt die Sitzung, damit Sie sich erstens mit dem Verfahrensanwalt beraten und damit wir zweitens nach dieser Beratung eine kurze Besprechung der Fraktionsführer und Fraktionsführerinnen mit dem Verfahrensanwalt durchführen können.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 11.08 Uhr **unterbrochen** und um 11.29 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

11.29

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich *nehme* die unterbrochene Sitzung *wieder auf* und ersuche Herrn Abgeordneten Kogler, seine Frage zu wiederholen, damit wir an diesem Punkt fortsetzen können.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Diplomkaufmann, die Wiederholung der Frage: Welche Firmen haben in den Jahren 2002 und 2003 zum Zwecke der Weiterleitung an die politischen Parteien ÖVP und FPÖ der Industriellenvereinigung Spenden in welcher Höhe übermittelt?

Dkfm. Lorenz Fritz: Herr Abgeordneter, tut mir leid, diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, weil ich das einfach nicht mehr weiß.

Obmann Dr. Peter Pilz: Damit nur das jetzt außer Zweifel gestellt ist: Eine Auskunftsperson, die sich an etwas nicht erinnern kann, kann auch durch eine Beugestrafe nicht zur Änderung dieser Nicht-Erinnerung gezwungen werden. Das haben wir auch in der Fraktionsführer- und Fraktionsführerinnenbesprechung so geklärt, und dabei bleibt es auch.

Gibt es noch eine andere Frage, Kollege Kogler?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, tatsächlich, schon ein anderer Bereich. In Ihrer Zeit, wo Sie noch Generalsekretär waren, Herr Diplomkaufmann, hat das Industriewissenschaftliche Institut zwei Studien abgeliefert: einmal, meines Wissens, im Auftrag der Firma SAAB und das zweite Mal – das ist jetzt die Frage an Sie –, sie hat für das Industriewissenschaftliche Institut ein zweites quasi Gutachten, also wirklich eine umfangreiche Stellungnahme, zu den Gegengeschäften und der Ausschreibung dazu abgegeben. – Hat eine solche zweite Studie die Industriellenvereinigung in Auftrag gegeben?

Dkfm. Lorenz Fritz: Ich weiß nicht, wer noch eine Studie in Auftrag gegeben hat, aber wir haben bei Professor Klement eine solche Studie damals in Auftrag gegeben. Das stimmt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau. Können Sie noch sagen, was Herr Professor Klement – und ich gehe immer noch davon aus, dass das Industriewissenschaftliche Institut offiziell beauftragt wurde –, was also Klement/IWI für eine Honorierung erhalten haben? Wissen Sie das noch?

Dkfm. Lorenz Fritz: Das weiß ich leider auch nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das wissen Sie nicht mehr)

Dkfm. Lorenz Fritz: Nein, aber ortsüblich, also sicher nichts ... – Ah, dort weht der Wind wieder her. Nein, also, Entschuldigung, der ist für seine Leistung honoriert worden von der IV, und zwar sicher nicht übermäßig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, der Wind weht woanders her. – Ich habe jetzt nur mehr zwei Fragen daran anknüpfend. Was ist Ihre Erinnerung, wie mit den Ergebnissen dieser Studie verfahren wurde dann? Die waren doch sehr konkret.

Dkfm. Lorenz Fritz: Die waren, soweit man konnte, sehr konkret. Professor Klement hat ja Zugang bekommen zu den damaligen Angebotsunterlagen, die er ausgewertet hat, und hat uns von den drei Anbietern gesagt, wie sie im Sinne dieser Gegengeschäfte liegen. Und das war sehr nützlich und wertvoll im Sinne des Nachverhandelns mit den Lieferanten, unsere Stellungnahme abzugeben. Wir haben in beiden Fällen, sowohl bei Gripen als auch bei Eurofighter, zusätzlichen Handlungsbedarf gesehen aus dieser Studie heraus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Teile dieser Studie waren aber schon vor der endgültigen Formulierung der Ausschreibung bekannt und noch nicht auf die konkrete Bewertung der Angebote gezielt. Das hat es auch gegeben.

Ist Ihnen irgendein Weg bekannt, wie eine Studie den Weg in die Ausschreibung des Wirtschaftsministeriums findet, und zwar absatzweise und wortwörtlich?

Dkfm. Lorenz Fritz: Sie müssen zwei Dinge auseinanderhalten: Meiner Erinnerung nach hat der Professor Klement zwei Aufträge der IV erhalten, einen Auftrag: Was wären die wesentlichen Kriterien, damit man wirklich von so einem Innovationsschub in Österreich reden kann? Also was muss man da eigentlich alles anbieten, damit man diesen Innovationsschub hat – aus Sicht wieder eines Industrieökonomen? Daher das Industriewissenschaftliche Institut. Und das Zweite war die Auswertung dieser Offerte, und wo gibt es da Handlungsbedarf.

Also dass bei den ersten Themen in die Ausschreibung etwas hineingeflossen ist, ist mir neu, aber würde mich nicht wundern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay, danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nur zur Sicherheit eine ergänzende Frage: Die Höhe der MAGNA-Zahlung an die Industriellenvereinigung ist Ihnen bekannt?

Dkfm. Lorenz Fritz: Tut mir leid, ich weiß es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Damit ist das jetzt eindeutig bei Protokoll; das reicht vollkommen.

Ich habe keine weiteren Fragen mehr. Damit ist die Befragung geschlossen. Ich danke für Ihr Erscheinen und für Ihre Auskünfte!

(Die Auskunftsperson Dkfm. Lorenz Fritz verlässt den Sitzungssaal.)

11.33

Obmann Dr. Peter Pilz leitet anschließend zum *nichtöffentlichen* Teil der Sitzung über.

(Fortsetzung: 11.34 Uhr bis 11.42 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung**: „nichtöffentlicher Teil“.)

11.43

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 11.43 Uhr – wieder zum **öffentlichen** Teil der Sitzung über und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Andreas Rudas** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Andreas Rudas** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Obmann Dr. Peter Pilz begrüßt Herrn **Andreas Rudas** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen auf die Wahrheitspflicht sowie auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Andreas Rudas: Andreas Rudas; geboren am 30.11.1953; Anschrift: 1040 Wien; Beruf: Geschäftsführer der **K. und K. Medien** in Österreich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter? *(Die Auskunftsperson **verneint** dies.)*

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe auf eine konkrete Frage hin schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich und wir besprechen gemeinsam die weitere Vorgangsweise.

Sie haben nach der Verfahrensordnung das Recht, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? *(Die Auskunftsperson **bejaht** dies.)* – Bitte.

Andreas Rudas: Ich will nur sagen, erst am Mittwoch kam die Ladung; die hat meine Frau übernommen. Ich war schon im Flieger nach Übersee, bin erst heute in der Früh gekommen. Das heißt, ich bin natürlich gerne dieser Auskunftspflicht nachgekommen dem Parlament gegenüber. Es kann aber sein, dass ich mich nicht so umfassend vorbereiten konnte, wie es notwendig sei. Das heißt, Termine und so weiter konnte ich nicht mehr in dieser Zeit wahrnehmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rudas, waren Sie zum Zeitpunkt 11.6.2001 bereits bei MAGNA tätig? *(Andreas **Rudas:** Ja!)* – Haben Sie eine Wahrnehmung gehabt, wie es zu diesem Flug kam, den der Herr Wolf für den damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser nach Manching organisiert hat? *(Andreas **Rudas:** Nein!)* – Haben Sie mit diesem Flug überhaupt nichts zu tun gehabt? *(Andreas **Rudas:** Überhaupt nichts!)* – Hatten Sie Kenntnis davon, dass MAGNA so einen Flug für den Finanzminister Grasser organisiert?

Andreas Rudas: Zum damaligen Zeitpunkt nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben erst später, wesentlich später – wann etwa? – davon erfahren?

Andreas Rudas: Kann ich jetzt nicht genau sagen, weil ich bin unter anderem auch für Öffentlichkeitsarbeit zuständig gewesen. Das ist dann hochgekommen. Aber lange Zeit nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, erst durch den Ausschuss bekannt geworden?

Andreas Rudas: Nein, ich glaube, es hat damals schon in der Öffentlichkeit Diskussionen gegeben. Aber ich weiß nicht mehr, wann das gekommen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Wahrnehmung gehabt, welche besonderen Interessen hier Magna damit verknüpft hat oder Hoffnungen damit verknüpft hat, den Herrn Finanzminister, nachdem Sie dann Kenntnis davon erlangt hatten, welche Erwartungshaltungen da an den Finanzminister bestanden hatten, mit ihm gemeinsam nach Manching zu EADS zu fliegen?

Andreas Rudas: Das ist nicht auf die Person Grasser bezogen. Es war ganz klar, dass EADS ein Teil eines wichtigen Kunden ist, war, also von meiner Seite her war. EADS ist ja zum Teil eine Tochter von Daimler-Chrysler, und Daimler-Chrysler war zu dem Zeitpunkt der zum Beispiel auch in Österreich allerwichtigste Kunde von Magna, und deshalb war es nachvollziehbar, dass sich Magna um den Kunden, und darum geht es, Daimler-Chrysler gekümmert hat – und weniger um EADS. Das heißt, wenn Daimler-Chrysler die Bitte hatte, sich da zu engagieren, ist man dem sicher vor allem im Interesse des Kunden **Daimler-Chrysler** nachgekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Muss ich Ihre Aussage so verstehen, dass Sie vermuten oder wissen, dass die Initiative, so eine Flugaktion mit dem Herrn Finanzminister zu unternehmen, von Daimler-Chrysler ausging?

Andreas Rudas: Da ich von dieser Flugreise zum damaligen Zeitpunkt überhaupt nichts wusste, weiß ich nicht, von wem diese Initiative ausgegangen ist, warum es die Personen waren. Ich kann nur sagen, Sie haben mich gefragt sozusagen, was könnten Gründe gewesen sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist eine Vermutung von Ihnen?

Andreas Rudas: Es ist eine Vermutung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Funktion beim Fußballklub Rapid?

Andreas Rudas: Sehr nicht. Genaues Gegenteil: Ich bin noch Vizepräsident der **Wiener Austria**. Es gibt wenig Unvereinbarkeiten, aber das schließt sich aus.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist sogar mir begreiflich, und ich habe von Fußball überhaupt keine Ahnung. – Das ist damit für mich auch erledigt.

Nun zu den Gegengeschäften, die Magna abgeschlossen hat. Wissen Sie über das Ausmaß dieser Gegengeschäfte auf Grund der zwischen der Republik Österreich und Eurofighter respektive EADS existierenden Gegengeschäftsvereinbarung Bescheid, wie hoch das Ausmaß ist?

Andreas Rudas: Aus eigener Erfahrung überhaupt nicht. Ich war im Vorstand von Magna Steyr für Personal, für die gesamten strategische Fragen, Strategieentwicklung und Gesamt-Öffentlichkeitsarbeit zuständig, und nicht im Vertriebsbereich. Das heißt, ich habe mit den konkreten Vertriebsaktivitäten nichts zu tun gehabt. Das heißt, unmittelbar, direkt aus eigener Wahrnehmung kann ich zu den Gegengeschäften überhaupt nichts sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ich Ihnen die Zahlen vorlese, können Sie dann damit etwas anfangen?

Magna Steyr Powertrain AG und Co KG, Herstellung von Automobilteilen: anrechenbarer Wert 8,9 Millionen.

Magna Steyr – das ist jetzt Fahrzeugtechnik AG, und alle künftigen Positionen beziehen sich auch auf Fahrzeugtechnik AG –: 6 189 000, 9 382 000, 62 750 und 2,7 Millionen.

Können Sie mit diesen Zahlen etwas anfangen? – Das ist nur die Anrechenbarkeitsliste aus dem Jahre 2003. Wir haben weitere Listen, wo Magna aufscheint. Haben Sie ...

Andreas Rudas: Noch einmal: Im ganz Konkreten habe ich mit diesen Dingen nichts zu tun gehabt. Sie müssen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber im Volumen! Haben Sie eine Vorstellung etwa vom Gesamtvolumen?

Andreas Rudas: Ich kann auch über das Volumen nichts sagen. Ich weiß, dass wir im Vorstand darüber diskutiert haben, dass es Gegengeschäftsthemen gegeben hat, aber bei Weitem nicht in dem Ausmaß, wie es in der Öffentlichkeit dargestellt worden ist. Es hat oft Diskussionen darüber gegeben: Magna wird immer als der Hauptnutznießer der Gegengeschäfte bezeichnet, und das wurde im Vorstand immer als unfair bezeichnet, weil die Volumina nicht so groß sind wie bei vielen anderen Firmen.

Ich kann Ihnen auch sozusagen die konkreten Themen nicht sagen, auch aus zwei Gründen – ich möchte Sie da informieren, wie auch die Öffentlichkeitsarbeit einer Automobilvertriebsfirma ist –: Es gibt eine ganz klare Abmachung mit den Automobilherstellern. Wenn ein Auftrag vergeben wird an einen Zulieferer, dann darf nur der Automobilhersteller über Umfang und Thema et cetera Auskunft geben, weil das eine ganz wichtige Frage der Originalität und auch noch von Geheimhaltung gegenüber Konkurrenten ist. Das heißt, ich habe mich auch aus diesen Gründen nicht so dermaßen mit diesen Themen beschäftigt, weil ich sowieso auch in meiner normalen Öffentlichkeitsarbeit darüber nie Auskunft geben durfte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bei diesen Vorstandssitzungen, war dort Herr Stronach anwesend? (*Andreas Rudas: Nie!*) – War Herr Wolf anwesend? (*Andreas Rudas: Manchmal, ja!*) – Kann man davon ausgehen, dass zumindest Herr Wolf gewusst haben musste, dass Magna bei den Gegengeschäften zumindest jedenfalls mitschneidet?

Andreas Rudas: Wolf muss im Generellen gewusst haben, dass es Gegengeschäfte, dass es Aufträge gibt, die bei den Gegengeschäften angerechnet werden – sicher nicht im Detail, denn das war nicht seine Aufgabe. Das war Aufgabe des Vertriebsvorstandes beziehungsweise des Finanzvorstandes.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Vertriebsvorstand ist wer?

Andreas Rudas: Das war Hubert Hödl.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hödl, ja. Den werden wir ohnedies noch hören. Und der Finanzvorstand?

Andreas Rudas: Peter Koob.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Koob. – Das ist nämlich deswegen bemerkenswert, weil Herr Stronach hier im Ausschuss ausgesagt hat, dass Magna überhaupt nichts profitiert hat von dieser Eurofighter-Anschaffung. – Haben Sie eine Erklärung dafür?

Andreas Rudas: Da habe ich absolut eine Erklärung: weil das zwei verschiedene Funktionen sind. Frank Stronach ist ein Generalist, ist eher sozusagen der ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, er hat es einfach nicht gewusst?

Andreas Rudas: Er beschäftigt sich mit diesen Themen auch nicht. Das Tagesgeschäft ist nicht sein Thema.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, aber wieso kann er dann im Ausschuss unter Wahrheitspflicht dermaßen apodiktisch feststellen – ich meine, das ist jetzt nicht eine Frage an Sie, sondern das ist eine rhetorische Frage; ich knüpfe dann auch eine Frage an Sie daran –, dass er mit dieser apodiktischen Formulierung gleich mehrfach ausschließt, dass Magna in irgendeiner Form durch die Eurofighter-Anschaffung profitiert habe?

Meine Frage ist jetzt eben die, ob Sie dafür eine Erklärung haben, dass ein Mann wie Stronach eine derartige Falschaussage tätigen kann. Wusste er es einfach nicht? Hätte er es nicht wissen müssen? – Wie ist das?

Andreas Rudas: Frank Stronach hat einen sehr klaren Spruch: Er könnte der Sohn von Ford sein, und er würde den Auftrag nicht bekommen; wichtig ist, dass Magna das **bessere Produkt** zum **besseren Preis** macht. Und Frank Stronach geht davon aus, dass diese Aufträge auch gekommen wären, wenn es kein Gegengeschäft gegeben hätte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, er selber glaubt nicht daran, dass diese Gegengeschäfte Gegengeschäfte sind? (**Andreas Rudas: Ja!**) Ist das eine Erklärung?

Andreas Rudas: Eine generelle, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das würde plausibel sein. Das würde sich nämlich auch mit der Aussage anderer Unternehmer dieses Landes decken.

Meine vorletzte Frage bezieht sich auf den Konsumentenvertrag für Herrn Diplomvolkswirt – ist er, glaube ich – Michael Passer: Haben Sie Wahrnehmungen darüber gehabt?

Andreas Rudas: Konkret nicht. Zu dem damaligen Zeitpunkt nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was heißt das? Zu einem späteren Zeitpunkt haben Sie Wahrnehmungen gehabt?

Andreas Rudas: Ja, weil darüber berichtet worden ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ach, durch die Medienberichte?

Andreas Rudas: Durch die Medienberichte, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. – Haben Sie jemals eine Tätigkeit des Herrn Passer im Unternehmen wahrgenommen, oder für das Unternehmen?

Andreas Rudas: Ich persönlich nicht, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist er dort einmal aufgetaucht?

Andreas Rudas: Ich habe ihn nie gesehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es gibt nur ein Erscheinen, da ist er in Begleitung seiner Gemahlin erschienen, eher als Prinzgemahl, aber nicht als Konsulent.

Andreas Rudas: Ich kann, wie gesagt, keine Auskunft ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha, Sie haben keinerlei ...

Andreas Rudas: Aus eigenem Wahrnehmen kann ich keine Auskunft geben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie wissen auch nichts über sein Tätigkeitsfeld und darüber, wer diesen Vertrag angebahnt hat? (*Andreas Rudas: Nein!*) – Gut. – Das wären einmal die ersten Fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich werde jetzt einige ganz kurze Fragen stellen, und mein Kollege Kogler wird dann in der nächsten Runde auf ein paar Punkte ausführlicher eingehen.

Überhaupt kein Unternehmen der Magna-Gruppe war längere Zeit Mitglied der Industriellenvereinigung. – Ist das richtig? Und können Sie schildern, was die Gründe waren, dass es keine Magna-Mitgliedschaft für etliche Jahre in der Industriellenvereinigung gegeben hat?

Andreas Rudas: Magna war aus mehreren Gründen distant zu staatlichen oder anderen Stellen, Verbänden, Vereinen. Das ist eine Haltung auch von Frank Stronach, und es ist eine äquidistante Haltung auch zur Gewerkschaft gewesen.

Es hat aber dann später aus mehreren Gründen Dialoge auf beiden Seiten gegeben, Gewerkschaft und auch Industriellenvereinigung, vor allem, weil sich doch gezeigt hat, dass wir in der Steiermark, ganz konkret in der Steiermark sehr viele Themen hatten, die so sozusagen unternehmenspolitisch, aber auch allgemein industriepolitisch wichtig waren, wo eine Zusammenarbeit mit der Industriellenvereinigung sehr gut funktioniert hat. Das waren die Themen 380-KV-Leitung, das war Cluster Steiermark, das war die Diskussion über die gesamte Infrastruktur-, Verkehrsinfrastrukturanbindung. Die Magna hat immer unter der Doppelbesteuerung gelitten, das heißt, der Weg von der Steiermark zu den westdeutschen Automobilherstellern war immer ein Problem – mit den Zügen, mit der Pyhrn Autobahn, et cetera. Da hat es immer Initiativen gegeben, und da hat es eine Zusammenarbeit mit der Industriellenvereinigung gegeben, die dann – ich weiß jetzt nicht mehr auswendig, wann das genau war – dazu geführt hat, dass Magna Steyr – glaube ich, auch –, Magna Powertrain der Industriellenvereinigung beigetreten ist. Gleichzeitig muss man dazusagen, dass es auch zu einer Annäherung zur Gewerkschaftsbewegung gekommen ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Halten wir noch einmal fest: Welche Firmen aus der Magna-Gruppe sind der Industriellenvereinigung beigetreten?

Andreas Rudas: Meiner Erinnerung nach Magna Steyr und Magna Powertrain.

Obmann Dr. Peter Pilz: Von Magna Steyr Fahrzeugtechnik wissen wir, das war im November 2003. Wann ist die zweite Firma beigetreten (*Andreas Rudas: Das kann ich nicht sagen!*) – etwa zur gleichen Zeit, oder ...

Andreas Rudas: Ich nehme an, das wird zur gleichen Zeit gewesen sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das können wir ja dann noch überprüfen, das wird ja kein Problem sein.

So: Was waren die wesentlichen Motive für den Beitritt dieser Unternehmen zur Industriellenvereinigung? – Ich schicke gleich voraus, denn ich will da gar keine Widersprüche konstruieren und auch keine Auskunftspersonen aufs Eis führen: Herr Lorenz Fritz als damaliger Generalsekretär der IV hat uns heute geschildert, dass eines von beiden Hauptmotiven die Eurofighter-Gegengeschäfte waren. Das hat er hier unter Wahrheitspflicht ausgesagt.

Was waren Ihrer Erinnerung nach die Hauptmotive?

Andreas Rudas: Ich habe an den Verhandlungen nicht teilgenommen, das heißt, ich war auch in keinem Gremium der Industriellenvereinigung; ich hatte auch keinerlei Kontakte und hatte auch keine Verhandlungen. Ich wurde damals von der Öffentlichkeit

gefragt, warum wir denn als Magna der Industriellenvereinigung beigetreten sind, wo doch so eine distante Haltung ist, und ich kann mich erinnern, damals aufgezählt zu haben, dass es diese Themen sind, plus auch eine politisch-Magna-ideologische Position hinzugefügt: weil sich die Industriellenvereinigung verändert hat, weggegangen ist von einer reinen sozusagen Funktionsstruktur hin zu einer serviceorientierten Struktur.

Obmann Dr. Peter Pilz: Welche Rolle haben die Gegengeschäfte beim IV-Beitritt gespielt?

Andreas Rudas: Ich höre jetzt das erste Mal durch Sie, dass die Gegengeschäfte damit ein Thema waren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben öffentlich damals erklärt – ich zitiere –:

„Deshalb sind wir jetzt bereit, nicht nur mitzuzahlen, sondern auch mitzugestalten.“

Lassen wir einmal das Gestalten und bleiben wir beim Zahlen: Da gibt es ja immer eine Vereinbarung, die mit der Industriellenvereinigung ausgehandelt wird.

Wie lautet in Bezug auf Zahlungen und Höhe der Zahlungen die Vereinbarung zwischen Magna Steyr Fahrzeugtechnik und Industriellenvereinigung?

Andreas Rudas: Ich weiß, es gibt eine bestimmte – null Komma irgendwas von der Lohnsumme. Das macht einen bestimmten Betrag aus, und Magna hat weit unter diesem notwendigen oder vorgeschriebenen oder statutarisch ausgemachten Betrag bezahlt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kennen Sie die Höhe dieses Betrages?

Andreas Rudas: Da müsste ich nachschauen; ich weiß es nicht auswendig. (*Obmann Dr. Pilz: Schauen Sie nach!*) – Ja, gerne.

(*Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.*)

Also: 2003 waren es 100 000 €, 2004 waren es 200 000 €, 2005 waren 325 000 €. – Der satzungsmäßige Beitrag ist 0,25 Prozent der Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das war also ein vereinbarter ordentlicher Mitgliedsbeitrag? Ist das richtig? (*Andreas Rudas: Ja!*) – Jetzt gibt es noch außerordentliche Mitgliedsbeiträge. (*Andreas Rudas: Ja!*) – Hat Magna – also einer der von Ihnen genannten Betriebe oder auch ein anderer – dazu noch außerordentliche Beiträge an die Industriellenvereinigung geleistet?

Andreas Rudas: Mir nicht bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie es ausschließen?

Andreas Rudas: Da es mir nicht bekannt ist, kann ich dazu nicht Stellung nehmen. Ich weiß es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nun, ich frage nur, ob Sie es ausschließen können, denn das hat natürlich ein ganz anderes Gewicht, oder ob es ...

Andreas Rudas: Ich traue mich so etwas nicht zu sagen. Ich meine, es ist damals nicht diskutiert worden, und ich kann nicht etwas ausschließen, wo ich kein eigenes Wissen habe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Eben. Auf diesen Punkt wollte ich hinaus. Welche Person müssten wir befragen? Müsste uns Herr Hödl darüber aus eigenem Wissen Auskunft geben können?

Andreas Rudas: Es gibt für mich wieder zwei Personen, die das machen können: Der eine ist der, der den Kontakt zur Industriellenvereinigung gehalten hat – das war Hubert Hödl –, und der andere ist der Finanzvorstand, der die Zahlungen veranlasst haben müsste.

Obmann Dr. Peter Pilz: Den Namen haben Sie, glaube ich, ohnedies schon genannt.

Andreas Rudas: Also entweder Peter Koob, oder: Der Finanzvorstand von Magna Steyr war damals Wolfgang Sauerzapf.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Ich habe vorläufig keine weiteren Fragen.

Frau Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Rudas, wie lange waren Sie bei Magna? Von wann bis wann?

Andreas Rudas: Von Februar 2000 bis November 2005.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Kennen Sie Herrn Aldag? (*Andreas Rudas:* Wen?) – Herrn Aldag von EADS.

Andreas Rudas: Aldag sagt mir nichts, nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herrn Kamlage? (*Andreas Rudas:* Nein!) – Herrn Bergner in Österreich?

Andreas Rudas: Ich glaube, Herrn Bergner habe ich getroffen, ja. (*Abg. Dr. Fekter:* In seinem Büro?) – Nein, sicher nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Gegengeschäfte, oder ... (*Andreas Rudas:* Auch nicht, nein!) – Mit Ihrer jetzigen Medien- und Handels-GmbH, haben Sie da aufgrund Ihrer Kontakte, die Sie durch Magna hatten, mit den Eurofighter-Partnern auch Geschäfte? (*Andreas Rudas:* Null, nichts!) – Auch nicht mit Daimler-Chrysler?

Andreas Rudas: Ich bin überzeugt davon, dass eine der Zeitungen, die ich zu betreuen habe, Mercedes-Inserate haben wird. Aber das läuft nicht über mich.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Gegengeschäftspositionen: Sind diese im Magna-Konzern eigens betreut worden? Gab es da eine eigene Abteilung, die sich um diese Gegengeschäfte gekümmert hat, wo jemand Besonderer zuständig war? Oder ist das so nebenbei mitgelaufen?

Andreas Rudas: Meiner Erinnerung nach war das alles im Vertriebsbereich.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dkfm. Fritz von der Industriellenvereinigung hat gemeint, dass die Aufnahme von Steyr-Nutzfahrzeugen der Grund war, den Automotive Cluster neu zu beleben, in der IV besser zu betreuen. – Haben Sie da etwas mitbekommen?

Andreas Rudas: Das kann ich unterstützen. In Wirklichkeit muss man dazusagen, dass der Automobil-Cluster ohne Magna nicht wirklich existent war. Magna war das Herz und der Leitbetrieb des Automobil-Clusters Steiermark, und ich bin überzeugt davon, dass es für die Industriellenvereinigung ganz wichtig war, Magna dort als Leitbetrieb dabeizuhaben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es war damals ein bisschen der Clinch zwischen gesetzlicher Interessenmitgliedschaft Kammer und freiwilliger Interessenvereinigung Industriellenvereinigung, und der Automotive Cluster war in der Wirtschaftskammer nicht effizient – im Sinne von Magna – genug, denn dort sind natürlich auch viele KMUs mit dabei, und das hat gemäß Lorenz Fritz den Ausschlag

gegeben, warum Magna sich sozusagen da eingeklinkt hat mit Mitgliedsbeiträgen, aber selbst das auch aktiv betrieben hat.

Andreas Rudas: Wie gesagt, ich war an den Verhandlungen mit der Industriellenvereinigung nicht beteiligt, das hat vor allem Hubert Hödl geführt und teilweise auch Siegfried Wolf. Aber im Vorstand haben wir oft darüber diskutiert, dass der Cluster in der Form, wie er ursprünglich geführt worden ist, wenig sinnvoll ist, dass wir aber den Cluster beleben müssen und dass wir auch bereit sind, den Cluster zu beleben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist im Vorstand im Hinblick auf die Typenentscheidung diskutiert worden? Beispielsweise: Magna hätte ja auch bei einem SAAB-Gripen-Projekt ebenso profitiert. Hat man da eine Äquidistanz gehabt oder eine Präferenz?

Andreas Rudas: Die Linie war eigentlich sehr klar. Die Linie war die, dass man gesagt hat, Magna ist keine politische Struktur, Magna mischt sich in die grundsätzliche Entscheidung, dass Österreich Abfangjäger kauft, nicht ein, das ist ausschließlich Sache der Politik. Wenn diese Entscheidung getroffen wird, das heißt, wenn die Politik sagt, Österreich kauft so ein Gerät, dann soll aus verschiedenen Gründen der Partner Mercedes – und es ging immer nur um den Partner Mercedes – besonders beachtet werden, aus zwei Gründen: Erstens wäre der Automobil-Cluster Österreich oder Steiermark ohne Mercedes nie das geworden, was er war – das hat begonnen mit der Mercedes G-Klasse bis hin dann zur E-Klasse und andere Fahrzeuge auch –, plus, hat man gesagt, gibt es weitere Möglichkeiten, sozusagen in eine Zukunft zu gehen. Und ich kann mich erinnern, dass wir in einer Presseaussendung gesagt haben, man soll mit dem möglichen Anbieter EADS fair umgehen. Das war die offizielle Haltung, die Magna hatte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie sind im November 2005 ausgeschieden. Das heißt, zum damaligen Zeitpunkt war man eigentlich noch bemüht, Gegengeschäfte zu tätigen. Ein Ausstiegsszenario, wie wir es jetzt seit dem Wahlkampf medial ständig debattieren und diskutieren, war damals nicht im Gespräch, oder?

Andreas Rudas: Überhaupt nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Was würde so ein Ausstiegsszenario für Magna bedeuten?

Andreas Rudas: Das kann ich jetzt in keiner Weise abschätzen. Dazu muss man nur sagen, dass jetzt Mercedes nicht mehr die Bedeutung hat, die es damals, 2002/2003 hatte. Durch den Auftrag, durch den BMW X3 ist eine Verschiebung da. Es ist auch so, dass Chrysler und Daimler sich getrennt haben, sodass jetzt Chrysler alleine ist. Also, als typisches Mercedes-Produkt gibt es nur mehr die Mercedes G-Klasse, kein anderes Produkt. – Aber trotzdem, das ist jetzt sehr vom Weiten analysiert und nicht konkret. Ich kann das sozusagen jetzt wirklich nur vom Weiten und von meiner damaligen Erfahrung her sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie sind ja Medienexperte und haben ein eigenes Unternehmen, das in der Medienberatung tätig ist und, jetzt sage ich einmal, auch nicht sehr politikfern; außerdem mit dem Kollegen Kramer ja eigentlich sehr ...

Andreas Rudas: Ich habe *kein* Unternehmen!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber Sie sind Geschäftsführer bei K und K?

Andreas Rudas: Ich bin Geschäftsführer bei K und K, aber wir haben keine Medienberatung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sondern? Können Sie das erläutern?

Andreas Rudas: Die K und K Medien betreut das gesamte Beteiligungsmanagement und Mergers and Acquisitions der WAZ-Gruppe in Osteuropa und in Österreich. – Also das hat mit keiner parteinahen oder parteifernen, das hat mit Partei überhaupt nichts zu tun.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nein, nein, mir geht es ja darum: Wenn man so im Medienbereich tätig ist, dann nimmt man ja, jetzt sage ich einmal, solche Dinge wie den Wahlkampf 2006 besonders wahr. Ist im Hinblick auf dieses Negative Campaigning Richtung des Eurofighter-Deals – also „Ausstieg ohne Wenn und Aber“, „Hier fliegt Ihre Pension“ et cetera – Ihr ehemaliger Arbeitgeber Magna an Sie herangetreten, so nach dem Motto: Tun Sie etwas bei Ihren Kollegen, weil dieses Negative Campaigning unter Umständen der Positionierung im Hinblick auf die Gegengeschäfte enormen Schaden zufügt!?

Andreas Rudas: Sie haben das nicht gemacht, und sie hätten auch keinen Erfolg damit, weil bei der WAZ eine sehr klare Trennung zwischen dem Management und der Redaktion besteht. Das heißt, es ist uns als Manager absolut untersagt, uns in die redaktionellen Arbeiten in unseren Zeitungen einzumischen. Das wird auch sehr konkret eingehalten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie irgendeine Wahrnehmung gehabt in der heißen Wahlkampfphase, dass sozusagen gegengesteuert worden wäre, beispielsweise über eine Inseratenkampagne, über eine Berichterstattung, die so ein bisschen dieses Negative Campaigning neutralisiert hätte für das Fliegerimage? Immerhin geht es ja da um einen großen Deal!

Andreas Rudas: Von welcher Seite hätte das ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Von der Fliegerseite – also EADS, Eurofighter GmbH et cetera, EBD.

Andreas Rudas: Dazu kann ich gar nichts sagen. Ist mir nichts aufgefallen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Keine Wahrnehmung? (*Andreas Rudas: Nein!*) Auch wir hatten keine Wahrnehmung – was uns ja ziemlich überrascht, dass hier so gar nicht gegengesteuert worden ist, auch wenn vorher sehr viele Millionen in die Hand genommen wurden, um Image zu machen.

Andreas Rudas: Aber ich habe keine Wahrnehmung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wann haben Sie das erste Mal erfahren von der Art und Weise des Wahlkampfes? Hat jemals der Bundesgeschäftsführer mit Ihnen gesprochen? – Immerhin sind Sie ja nicht *irgendwer* in der SPÖ!

Andreas Rudas: Erstens, ich bin nicht mehr Funktionär in der SPÖ, und ich habe mich sehr bewusst nach meinem Ausscheiden aus der Politik völlig politischer Tätigkeiten und auch öffentlicher Aussagen enthalten. Also ich habe von mir aus in der ganzen Zeit keine öffentlichen Aussagen mehr getätigt und versuche auch, mich wirklich fernzuhalten, aus zwei Gründen: weil ich gegen „Balkon-Muppets“ bin, die ausgeschieden sind und dann immer alles besser wissen – die, die in der Politik sind, haben es schon schwer genug –; und das Zweite ist, dass ich auch durch öffentliche Äußerungen oder auch durch öffentliche Kontaktnahmen – das ist aber nicht nur in

Österreich, sondern auch international – in keiner Weise die Journalisten in irgendeiner Form beeinflussen oder in irgendwelche Gedanken bringen möchte. Das heißt, ich halte mich wirklich sehr massiv von der Politik fern.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Frau Fekter, Sie sollten die Gründe der Wahlniederlage wirklich einmal in Ihren eigenen Reihen zu suchen beginnen. Das wäre nur so ein kleiner Tipp von mir.

Ich hätte zu zwei steirischen Projekten etwas zu fragen, und zwar einerseits die Sache Jeep Cherokee: Diese Entscheidung ist ja erst nach der Typenentscheidung für den Eurofighter gefallen, und ich habe es, ehrlich gesagt, für sehr, sehr anständig gehalten von Herrn Wolf, dass er über die „Kleine Zeitung“ sehr rasch mitgeteilt hat, es ist kein Gegengeschäft, obwohl natürlich vom damaligen Wirtschaftslandesrat Paierl oder von Landeshauptfrau Klasnic und Wirtschaftsminister Bartenstein – was ich ja auch wieder verstehe – Bestrebungen da waren, so ein umfangreiches, quantitativ und qualitativ hochwertiges Geschäft als Gegengeschäft sozusagen zu vereinnahmen.

Jetzt ist Folgendes ganz interessant: Es geht aus unseren Akten hervor, dass es im Jahr 2004 dann schon, am 13. Jänner 2004 im Wirtschaftsministerium ein Gespräch gegeben hat zum Thema Jeep Cherokee, und da heißt es interessanterweise:

Noch immer gibt es unterschiedliche Sichtweisen über das Ergebnis eines Gespräches zwischen dem Herrn Bundesminister und Rauen (Eurofighter). Weitere Vorgangsweise: Mitteilung an Eurofighter, dass eine endgültige Klärung nur in direktem Kontakt Herr Bundesminister und Rauen möglich ist. – Ende des Zitats.

Jetzt meine Frage: Nachdem eigentlich für Magna schon frühzeitig klar war, das ist kein Gegengeschäft, hat es noch im Jahr 2004 Unklarheiten zwischen Rauen und Bartenstein gegeben. – Ist in diesem Zeitraum interveniert worden? Ist versucht worden, auf Magna Einfluss zu nehmen und zu sagen: Wie können wir den Jeep Cherokee doch noch als Gegengeschäft unterbringen?

Andreas Rudas: Magna hat sich immer *kundenorientiert* verhalten. Das heißt: Der Kunde hat immer recht. Und so, wie der Kunde das Geschäft sieht, so sieht der Kunde das Geschäft. – Das war es. Sehr pragmatisch!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Eine zweite Sache, die in der Steiermark ja ...

Andreas Rudas: Und ich glaube, ich habe auch damals eine ähnliche Aussage getätigt: Unser Kunde ist Chrysler, und Chrysler stellt fest, wie es zu diesem Auftrag gekommen ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ehrlich gesagt, für mich – und auch für die Öffentlichkeit – war es mit der Aussage von Siegi Wolf damals ohnehin klar, dass das eben kein Gegengeschäft ist. und das ist es. Was eben bemerkenswert ist, ist, dass das nicht zur Kenntnis genommen wurde, und das zeigt die liebe Not, die es speziell auch in der Steiermark gibt, Gegengeschäfte „darzustellen“, wie man so schön sagt.

Eine ganz ähnliche Sache: Das 700-Millionen-Projekt Spielberg, wo damals verschiedenste Firmen – von Red Bull über EADS, Audi, Magna – genannt wurden. Da hat Herr Stronach ja hier sehr Interessantes gesagt – das war am 1. Februar 2007 im Untersuchungsausschuss –:

Stronach: „Spielberg und so weiter, da kann ich Ihnen garantieren: Es war von mir nie eine Aussage, dass sich da Magna mit beteiligt! Man hat versucht, oder Wolf versucht: Kann ich etwas für die Steiermark tun? – Aber das war nie in unserem Programm. Also das würden Großinvestitionen sein, für das habe ich nie das grüne Licht gegeben und nie eine Zusage. Es passt nicht in unser Programm hinein.“

Dann habe ich angemerkt: „Es wurde aber in den steirischen Medien immer Magna eigentlich auch als Mitinvestor für dieses große Projekt genannt.“

Und dann sagt Frank Stronach: „Die Zeitungen brauchen ja irgendetwas zum Schreiben, was die Leute lesen wollen.“

Das war doch irgendwo überraschend, weil ja in der öffentlichen Meinung dieses Projekt weitestgehend als so gut wie fix dargestellt war. Hat es da im Zusammenhang mit Gegengeschäften auch irgendwelche Appelle oder Versuche dahin gehend gegeben, dass auch Magna zu diesem Projekt konkreter wird?

Andreas Rudas: Also, auch das, muss ich ehrlich sagen, ist mir neu, dass es im Zusammenhang mit Gegengeschäften ist. Ich habe das auch, solange ich bei Magna war, nie in Verbindung zu den Gegengeschäften oder zu Eurofighter gebracht.

Es hat zwei wesentliche Triebfedern gegeben, Magna mit einzubeziehen. Das eine – da haben Sie recht – ist die steirische Landespolitik gewesen, die ein großes Problem mit Spielberg hatte und überlegt hatte: Wie kann man hier etwas wiederbeleben? – Und auf der anderen Seite hat der damalige Volkswagen-Chef Pischetsrieder, der ein großer Steiermark-Fan war, irgendwie zugesagt, dass er dort irgendetwas machen könne und wolle.

Magna – das muss man hier schon ganz klar sagen – war immer angefragt, und sowohl Stronach als auch Wolf haben gesagt, sie sind nur dann bereit mitzutun, wenn sich das wirtschaftlich darstellen lässt. Das heißt, nie als ein Investor im herkömmlichen Sinn, sondern es war überlegt, irgendwelche Teststrecken und Prototypenbau et cetera, soviel ich mich erinnern kann. Und wenn sich das wirtschaftlich darstellen hätte lassen, dann wäre Magna bereit gewesen, dabei zu sein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ein Letztes vielleicht noch: Herr Dr. Bergner – ich glaube, Sie haben sich nicht erinnern können an eine Begegnung – hat hier viele Kontakte aufgezählt, jedenfalls mit Walter Stephan von FACC, Kari Kapsch, Androsch, Dörflinger, den Herren Rohr, Hödl und Rudas von Magna, dann Glock, Malzacher und so weiter. – Können Sie sich da erinnern, irgendwann einmal den Dr. Bergner ...?

Andreas Rudas: Also, auf die Frage der Frau Abgeordneten, der Frau Volksanwältin Fekter (*Ruf: Noch nicht!*) – noch nicht – habe ich geantwortet, dass ich Bergner getroffen habe. (*Abg. Dr. Kräuter: Ach, dann habe ich das ...* – *Abg. Mag. Kogler: ... „EADS-Anwältin“!*) Auf die Frage der Frau Abgeordneten Fekter – ich wollte da keine Diskussion –, habe ich gesagt, dass ich ihn getroffen habe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist meine abschließende Frage: Waren bei Magna die Hintergründe von Herrn Bergner bekannt, oder hat man sich da nicht ...?

Andreas Rudas: Dazu muss man sagen – auch zur Erklärung –: Wann immer ein Kunde, ein Kundenvertreter gesagt hat, er möchte sich mit jemandem von Magna treffen, haben wir ihn getroffen.

Ich habe meistens immer mit den Personalchefs oder auch mit den Presseleuten der jeweiligen Kunden Kontakt gehabt, und was Bergner betrifft, wurde mir eben von DaimlerChrysler nahegelegt, ihn zu treffen – das war es. Aber ich habe mich auch nicht dafür interessiert, muss ich ehrlich zugeben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat Magna den Wahlkampf von Herrn Voves unterstützt? (*Andreas Rudas: Nein!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich wollte nur noch einmal zu diesem Ein- und Austritt zurückkommen: Was waren jetzt genau die Beweggründe? Sie haben zwar kurz darüber gesprochen, aber was waren genau die Beweggründe des Wiedereintritts von MAGNA STEYR Fahrzeugtechnik, wissen Sie das noch? (*Andreas Rudas: Zur?*) – Zur Industriellenvereinigung – das war der Zusammenhang.

Andreas Rudas: Es war genau das, was ich gesagt habe. Also ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie können keine weiteren Angaben dazu machen?

Andreas Rudas: Keine weiteren Angaben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und über die Kostenreduktion gegenüber den normalen Mitgliedsbeitrags-Berechnungen, wie hoch diese dann endgültig ausgefallen ist, wissen Sie auch nichts?

Andreas Rudas: Ich war bei den Verhandlungen nicht dabei.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nach unserer Rechnung und der Aussage von Sigi Wolf war es dann ein Drittel dieser Summe, dieser Berechnungsmodalitäten, die Sie hier vorgelegt haben: Das war offensichtlich der Einigungsstand. – Gut, da wird nichts weiter herauskommen.

Hat es irgendwelche außertourlichen – ich meine damit gar nicht außerordentliche – Mitgliedsbeiträge oder dergleichen gegeben? Wissen Sie irgendetwas über Spendentätigkeiten der diversen Magna-Firmen?

Andreas Rudas: Spendentätigkeiten in welche Richtung?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Entweder an die Industriellenvereinigung oder direkt an politische Parteien?

Andreas Rudas: Ich weiß davon gar nichts.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie wissen davon gar nichts? (*Andreas Rudas: Gar nichts!*) – Danke.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Gibt es weitere Fragewünsche an Herrn Rudas? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Befragung beendet.

Herr Rudas, ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen! (*Abg. Dr. Fekter: Und für das Warten bedanken wir uns auch!*)

(*Die Auskunftsperson Andreas Rudas verlässt den Sitzungssaal.*)

12.23

12.24

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler ersucht nun darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Christoph Neumayer** in den Saal zu bitten.

(Die Auskunftsperson Mag. Christoph Neumayer wird – begleitet von ihrer Vertrauensperson Dr. Hellwig Torggler – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler dankt Herrn **Mag. Christoph Neumayer** für dessen Erscheinen als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Mag. Christoph Neumayer (Vereinigung der Österreichischen Industrie): Mag. Christoph Neumayer; geboren am 6.9.1966; wohnhaft in 1130 Wien; Beruf: Angestellter.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter? *(Die Auskunftsperson verneint dies.)*

Herr Mag. Neumayer, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. – Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor? *(Die Auskunftsperson verneint dies.)*

Ich weise Sie darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, nach § 8 Verfahrensordnung des Untersuchungsausschusses die Aussage wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Sodann ersucht Obmann-Stellvertreter Mag. Stadler um Bekanntgabe der Personalien der Vertrauensperson.

Vertrauensperson Dr. Hellwig Torggler: Mein Name: Dr. Hellwig Torggler; geboren am 26.8.1938; 1010 Wien.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Torggler als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich setze mit der **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort.

Herr Dr. Torggler, ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu

antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Dr. Torggler hat mich darauf hingewiesen, dass er spätestens um 13.15 Uhr den Ausschuss verlassen muss. – Vielleicht haben wir aber bis dorthin ohnehin die Befragung beendet.

Herr Mag. Neumayer, wollen Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, vor dem Ausschuss eine zusammenhängende Erklärung der den Gegenstand bildenden Tatsachen abzugeben? (*Die Auskunftsperson **verneint** dies.*)

Obmannstellvertreter Mag. Stadler erteilt als erstem Fragesteller Abg. Kogler das Wort.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Magister, was war Ihre Rolle rund um und in der *Initiative Sicherer Luftraum*?

Mag. Christoph Neumayer: Ich hatte keine Rolle in der „Initiative Sicherer Luftraum“, sondern ich war Ansprechpartner für die Initiatoren der „Initiative sicherer Luftraum“.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sagen Sie, ist es üblich, dass Initiativen im Rahmen der Industriellenvereinigung, die selbst gar keine Rechtspersönlichkeit erlangt oder auch nur angestrebt haben, Rechnungen ausstellen und sich dann tatsächlich für angeführte Leistungen auf irgendwelche Konten Geld überweisen lassen?

Mag. Christoph Neumayer: Die Initiative ist nicht im Rahmen der Industriellenvereinigung passiert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage Sie, wie das üblich ist in der IV. Das war die Frage. Gibt es solche vergleichbaren Fälle?

Mag. Christoph Neumayer: Nein, und es war auch keine Initiative im Rahmen der Industriellenvereinigung. Ich denke, Sie haben ja den Herrn Fügenschuh in der Vorwoche befragt. Die Initiative wurde von zwei Initiatoren getragen. Diese haben teilweise um Unterstützung angesucht, und das ist passiert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber wenn ich mich jetzt richtig erinnere – ich war jetzt nur nicht so geschwind mit den Daten im Laptop –, ist in einem Fall, ich will auf den konkreten Fall eingehen, eine Rechnung gelegt worden an den Werber, der im Zusammenhang mit Eurofighter einiges gemacht hat in Österreich, den Herrn Ott und seine Firma, und dort war ein Verbindungskonto dieser Initiative, das ganz eindeutig der Industriellenvereinigung zuordenbar war.

Mag. Christoph Neumayer: Es war so, dass eine Dienstleistung der Industriellenvereinigung für die Initiative bestand, dass diese Rechnung abgewickelt wurde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Diese eine Rechnung?

Mag. Christoph Neumayer: Nein, sondern es waren insgesamt acht oder neun Rechnungen, die die Industriellenvereinigung auf Wunsch und auf Bitte der Initiatoren abgewickelt hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und das waren immer aus Sicht der Initiative Ausgangsrechnungen? Also es sind Zahlungen hereingekommen?

Mag. Christoph Neumayer: Helfen Sie mir!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, noch einmal: In diesem einen Fall, den ich beschrieben habe, ist am Ende der Übung Geld überwiesen worden an die Initiative, die zuvor eine Rechnung gelegt hat für tatsächliche, allenfalls auch nur behauptete erbrachte Leistungen. Das steht hier nicht im Vordergrund. Das Verbindungskonto war in der IV. In dem Fall war der Vorgang klar. Die Initiative „Sicherer Luftraum“ verrechnet Leistungen an andere und gibt als Eingangskonto das Konto der Industriellenvereinigung an. Jetzt sagen Sie, Sie haben in acht, neun Fällen abgewickelt. – Waren die vergleichbarer Konstruktion? (*Mag. Neumayer: Nein!*) – Sondern?

Mag. Christoph Neumayer: Es gab einige, ich kann Ihnen das auch im Detail sagen, worum es wirklich gegangen ist (*Abg. Mag. Kogler: Bitte!*), es gab beispielsweise einen Punkt Briefpapier für die Initiative „Sicherer Luftraum“, es gab eine Pressekonferenz der Initiative, es gab einen Brief, der abgewickelt wurde für die Initiative, und ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Beim Bürgermeister-Brief?

Mag. Christoph Neumayer: Der Bürgermeister-Brief, ja, genauso ist es. Und es gab Ausgaben für die Website, die diese Initiative gehabt hat. Diese Rechnungen wurden über die Industriellenvereinigung auf Bitte der Initiative abgewickelt. Und in einem Fall gab es eine Refundierung – ich glaube, diese sprechen Sie an (*Abg. Mag. Kogler: Ja!*) –, und diese Refundierung ist über die Industriellenvereinigung abgewickelt worden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das heißt, wenn wir von neun Fällen sprechen oder in der Höhe, dann ist genau ein Fall in diese Richtung wie beschrieben mit dem Zahlungsverkehr und Rechnungslegung gegenüber der Firma Ott, und alle anderen nehmen sozusagen eher den umgekehrten Weg, dass schlicht und ergreifend kleinere, mittlere Aufwendungen für diese Initiative seitens der IV übernommen wurden. Das haben Sie gemeint mit den Fällen.

Mag. Christoph Neumayer: Genauso ist es.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Von angesprochenen neun Fällen haben wir jetzt fünf hier durchbesprochen. Ich interessiere mich im Detail nicht für die weiteren. Wenn das andere Kollegen dann machen wollen, halte ich nur fest, dass eigentlich vier noch offen sind. Mir ist es jetzt nur um die Konstruktion gegangen. Das ist mir klar.

Jetzt wollte ich noch eher in diese Richtung fragen: Was war die Motivation der Industriellenvereinigung, sich hier zumindest gütlich zu stellen? Es war ja nicht Ihre Entscheidung, nehme ich an, aber welche Wahrnehmungen haben Sie dazu?

Mag. Christoph Neumayer: Also die Initiative hat sich als Plattform verstanden, so habe ich das damals wahrgenommen. Und das Ziel der Initiative war, über die Nachbeschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen möglichst objektiv und gemeinsam mit Ministerien, der Wirtschaftskammer und anderen Organisationen zu informieren.

Es gibt zwei Gründe, warum die Industriellenvereinigung hier einer der vielen Partner war: zum einen sicherlich ein Neutralitätspolitischer und sicherheitspolitischer Grund und der zweite natürlich, der sehr viel naheliegendere, die Überlegung, dass, wenn diese sicherheitspolitische Entscheidung getroffen wird, es natürlich auch darum geht, dass man möglichst optimal auch im Bereich der Gegengeschäfte davon profitieren kann. Und das ist natürlich ein Thema gewesen, das die Wirtschaftskammer, aber auch die Industriellenvereinigung interessiert hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also ein Grund war die Beteiligung an der Lukrierung oder auch nur an der Aufbereitung von der Stimmung bis zu vorkehrenden Handlungen anderer Art, dass bei den Gegengeschäften – für wen eigentlich? – für die Mitgliedsfirmen mehr herauskommen soll?

Mag. Christoph Neumayer: Das auf jeden Fall, für die Mitgliedsunternehmen, aber insbesondere auch für den Standort, und das ist ja auch nachlesbar in allen unseren Aussendungen zum Thema, dass hier ein Technologie- und Innovationshebel optimal für den Standort und für seine Beschäftigten genutzt wird.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wann – das habe ich jetzt aus der Befragung Fügenschuh vergessen – ist diese Initiative eingerichtet worden?

Mag. Christoph Neumayer: Es gab zwei Treffen aller Partner am 2. und am 15. Mai 2002. Das war also vor der Typenentscheidung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es gab ja auch die ARGE Offset in der Wirtschaftskammer. Es gab die Plattform, und die Vorläuferorganisation der Plattform hat schon vor der Typenentscheidung, ja sogar vor der Ausschreibung hier mitgewirkt. Man verliert ja beinahe den Überblick. Was war jetzt eigentlich der Grund, warum man in der IV noch einmal so eine Initiative einrichtet, wo es doch ohnehin die ARGE Offset gab, wo die Industriellenvereinigung, jedenfalls verglichen mit dem Zeitraum, den Sie nennen, noch eine Zeitlang Mitglied war?

Mag. Christoph Neumayer: Das Ziel der Initiative war ja offensichtlich, dass es primär um Kommunikationsmaßnahmen gegangen ist. Die ARGE Offset hatte die Hauptaufgabe oder hat die Hauptaufgabe, dass österreichische Unternehmen zum Zug kommen im Rahmen der Gegengeschäfte. Die Plattform, die Sie ansprechen, glaube ich, damit meinen Sie die Plattform Gegengeschäfte im BMWA.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, die hat eine andere Aufgabe, das stimmt schon. Aber können wir noch bei der ARGE Offset in der Wirtschaftskammer bleiben: Was hat eigentlich dazu geführt, dass die Industriellenvereinigung erstens dort nie einen Beitrag gezahlt hat, wie offensichtlich ursprünglich urgiert wurde, und zweitens dann, helfen Sie mir, ich glaube, im Jahr 2003 oder schon im Herbst 2002 aus dieser ARGE Offset definitiv ausgeschieden ist und Wert darauf gelegt hat, dass sie dort nicht einmal als Mitglied geführt werden will?

Mag. Christoph Neumayer: Muss ich Ihnen offen sagen, weiß ich nicht mehr. Diese Entscheidung wurde durch den Generalsekretär Fritz getroffen. Ich weiß den letzten Beweggrund, warum das so gewesen ist. Ich weiß, dass es Bemühungen gab, dass die Industriellenvereinigung dort Mitglied ist. Warum die Entscheidung gefallen ist, dass wir dort austreten, weiß ich nicht. Ich muss da bitte aber auch anfügen, dass den Bereich inhaltlicher Natur Abfangjäger-Nachbeschaffung und so weiter zu dieser Zeit, zumindest bis zum Jahr 2004, 2005, und bis Anfang dieses Jahres der Botschafter Hoess für uns abgewickelt hat und ich da auch keine inhaltliche Rolle hatte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Uns interessiert speziell ein Gegengeschäft, das sich durch ein paar Merkwürdigkeiten auszeichnet, und möglicherweise haben Sie dazu Wahrnehmungen, weil das die Wirtschaftskammer im

Zentrum hat. Es hat ja im Jahr 2002 geplanterweise von der ARGE Offset – da war die IV zumindest formell noch nicht weg – Bemühungen gegeben, in allen Landeshauptstädten – letztendlich waren es aber dann nicht neun, sondern nur acht, wie wir recherchiert haben – so quasi Informationsmessen für potentielle Gegengeschäftswerber jetzt auf Seiten der österreichischen Industrie oder auch der Klein- und Mittelbetriebe abzuhalten. Für die war es angeblich mehr gedacht, wie dem auch war. Wissen Sie über diese Bemühungen in der Wirtschaftskammer, neun solche, heutzutage sagt man, Roadshows zu veranstalten?

Mag. Christoph Neumayer: Also ich weiß, dass diese geplant waren. Ob es sie gegeben hat, weiß ich nicht, aber ich kenne das Thema. Mehr kann ich dazu allerdings wirklich nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wissen Sie etwas über die Verrechnungsmodalitäten zu diesen Roadshows? (*Mag. Neumayer: Nein!*) – Hat die IV irgendwas dazu gezahlt? Das müssten Sie wissen.

Mag. Christoph Neumayer: Also meines Wissens nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie können also sagen, dass die IV Ihrer Erinnerung nach und Ihres Wissens keine Beiträge zu diesen Roadshows geleistet hat?

Mag. Christoph Neumayer: Für die Bundesorganisation noch einmal: Meines Wissens und meiner Erinnerung nach nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist Ihnen jemals bekannt geworden, dass dieser Vorgang dann, der tatsächliche Kosten von ein paar hunderttausend Euro verursacht hat, letztendlich mit 3 Millionen € im Ernst als Gegengeschäft angerechnet wurde vom Wirtschaftsminister? (*Mag. Neumayer: Nein!*) – Ist Ihnen nichts bekannt? (*Mag. Neumayer: Nein!*) – Danke. Das war's auch schon.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Vielleicht kann ich, Herr Kollege Kogler, ein bisschen etwas zur Aufklärung beitragen. Ein Industriebetrieb ist ja bei der Wirtschaftskammer in den Fachverbänden organisiert. Und dort bezahlt er ja schon seine Mitgliedsbeiträge. Und wenn dann eine Arbeitsgemeinschaft in der Wirtschaftskammer gegründet wird, wo die Fachverbände zahlen, dann macht es keinen Sinn, wenn Sie als Industriellenvereinigung noch einmal zahlen. Und daher vermeidet man solche Doppelgleisigkeiten generell.

Das heißt, Organisationen, die sich in der Wirtschaftskammer als Arbeitsgemeinschaft gründen, haben in aller Regel nicht die Industriellenvereinigung noch einmal als Mitglied, weil das zu einer Doppelzahlung führt, wo die Mitglieder dann sofort einen Aufschrei machen und sagen, wir zahlen nicht doppelt für dasselbe. Das nur, weil Sie hinterfragt haben, warum die IV dann dort in der Wirtschaftskammer nicht als Mitglied geführt werden will.

Herr Magister, ich habe eine Frage, und zwar: Es war ja diese Initiative „Sicherer Luftraum“ nicht von ungefähr schwerpunktartig in der Steiermark tätig, weil ja zum selben Zeitpunkt damals dieses Volksbegehren von Fussi medial aktiv betrieben worden ist. War es nicht zu Beginn dieser Initiative als Gegensteuerung zu dieser Negativkampagne von Fussi gedacht?

Mag. Christoph Neumayer: Ich denke, dass das der Hauptgrund der Initiatoren war, überhaupt diese Initiative anzudenken.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Den Bürgermeister-Brief hat es ja beispielsweise nur in der Steiermark gegeben. – Ist das richtig?

Mag. Christoph Neumayer: Meines Wissens ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, der Schwerpunkt war in der Steiermark gelegen, weil auch Fussi als Steirer seine Schwerpunkte dort angesetzt hat und mit dem Standort Zeltweg die ganze Fliegerbeschaffung dort auch einen Schwerpunkt hatte.

Mag. Christoph Neumayer: Meines Wissens ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wir haben dann erfahren, die Industriellenvereinigung hat sich relativ rasch, nachdem das Volksbegehren beendet war, zurückgezogen und keine weiteren Gelder mehr hineingesteckt.

Mag. Christoph Neumayer: Es gab im Jahr 2003 – das ist alles, was ich gefunden habe zu dem Thema, und das sind auch noch die vier Punkte, die ich da habe – noch ein Hintergrundgespräch der beiden Initiatoren. Das muss, glaube ich, im Jänner gewesen sein, weil da noch einmal eine Rechnung von 161 € und 9 Cent bei mir auffindbar war. Das war es aber. Aus meiner Sicht hat es dann im Jahr 2003 nichts mehr gegeben.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Frau Kollegin Fekter, ich glaube, das müssten Sie eigentlich wissen als Industrielle, dass es sehr viele Leute gibt, die in der Wirtschaftskammer geortet sind, sehr industrienah sind, sich aber in die Industrie nicht überstellen lassen müssen, weil sie dort eben die Pflichtbeiträge und weil auch im Angestelltengesetz ganz andere ... – Das sind Leute, die kennen wir, die sind bei der Kammer und beharren dort darauf und versuchen, das immer hintanzuhalten, und spenden halt der Industriellenvereinigung, damit der Druck auf sie nicht so stark wird, damit sie Industrie werden müssen. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Beispielen sagen.

Aber zurück zu Ihnen, Herr Magister. *(Abg. Dr. Fekter: Das muss ich aber entschieden zurückweisen, weil das Match ist ein reines kammerinternes Match: Fachverband gegen Gewerbe! Also da können wir schon eine fachliche Diskussion darüber führen! Und die werden Sie wahrscheinlich nicht gewinnen!)*

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte ausnahmsweise auf diese fachliche Diskussion zu verzichten!

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Danke, Herr Vorsitzender, wir machen das dann später.

Herr Magister: Haben Sie diesen Lobbyismus, wie Sie ihn betrieben haben, mit diesen Plattformen auch anderweitig betrieben? Also bietet die Industriellenvereinigung eine Plattform dafür, dass man etwas durchsetzen kann?

Mag. Christoph Neumayer: Nein. Noch einmal: Das ist keine IV-Sache gewesen. Wir haben für diese Initiative die, glaube ich, von mir angesprochenen neun kleinen Rechnungen übernommen auf Bitte der Initiatoren. That's it. Aber wir waren ja nur einer von sehr vielen. Es war ja die Wirtschaftskammer dort vertreten, es war das Landesverteidigungsministerium vertreten, es war das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit dort vertreten. Also Vergleichbares ist mir in der Vergangenheit nicht Erinnerung.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Es war das **keine** Initiative der Industriellenvereinigung. Es gab zwei Treffen in der Industriellenvereinigung, wo sich alle diese Partner getroffen haben und wo wir auf Bitte der Initiatoren zweimal ein Besprechungszimmer zur Verfügung gestellt haben.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Aber der Beitritt oder die Mitwirkung an solchen Dingen lässt schon eigentlich den Rückschluss zu, dass die Industrie auch ihre Wünsche gerne durchgesetzt hätte über solche Plattformen.

Mag. Christoph Neumayer: Also das Ziel dieser Plattform war, objektive Information zu dem Thema zu geben. Also da gab es nicht irgendein Thema, das umzusetzen wäre oder sonst zu tun ist. Aber vielleicht helfen Sie mir, was Sie ganz konkret meinen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Ich sage es Ihnen gleich, ich habe nur geschaut: Wenn wir die Mitglieder der Industriellenvereinigung oder die Mitglieder der Wirtschaftskammer hier befragt haben, ob sie den Vertrag der Plattform gekannt haben, dann haben die meisten gesagt, eigentlich nicht.

Mag. Christoph Neumayer: Welcher Plattform?

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Der Plattform für die Abwicklung, also für die Eurofighter, die angesprochene Plattform ...

Mag. Christoph Neumayer: Sie meinen das beratende Gremium im BMWA.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Ja, genau, die Gegengeschäftsplattform, die alle Gegengeschäfte zu prüfen gehabt hätte.

Mag. Christoph Neumayer: Also in beratender Tätigkeit für das BMWA (*Abg. Faul: So ist es, ja!*), auch mit den Kollegen der Sozialpartner und so weiter? – Weiß ich, ehrlich gesagt, nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Der Vorhalt ist falsch!*)

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Magister, warum, glauben Sie, sind diese Spenden an die Parteien, wie sie jetzt vom Dkfm. Lorenz Fritz angezogen wurden, warum sind diese Dinge nicht im direkten Wege an den Adressaten abgewickelt worden? Warum, glauben Sie, hat die Wirtschaftskammer, ah, die Industriellenvereinigung sich da als Drehscheibe zur Verfügung gestellt? (*Abg. Dr. Fekter: Der verwechselt das alleweil noch!*)

Mag. Christoph Neumayer: Ich weiß es ehrlich gesagt nicht, mir sind auch solche Fälle nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Magister, Herr Fügenschuh, der hier im Ausschuss ausgesagt hat, hat gesagt, dass die gesamte Initiativenkoordination eigentlich bei Ihnen lag. – Ist das richtig?

Mag. Christoph Neumayer: Noch einmal: Die Industriellenvereinigung hat auf Wunsch der Initiatoren diese neun Rechnungen übernommen, die in einem sehr geringen Ausmaß ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, wir sind jetzt noch gar nicht beim Rechnen. (*Abg. Dr. Fekter: Ansprechpartner, hat er gesagt!*)

Mag. Christoph Neumayer: Noch einmal – danke, Frau Abgeordnete Dr. Fekter –: Ich war Ansprechpartner, ich war Verantwortlicher für Marketing und Kommunikation der Industriellenvereinigung gewesen. Wenn es sozusagen Teilprojekte der Initiative gegeben hat und an uns herangetreten wurde, dann haben wir das behandelt. Aber ich war nicht Teil der Initiative.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer ist an Sie herangetreten?

Mag. Christoph Neumayer: Das war Herr Fügenschuh. (*Abg. Mag. Stadler: Nur Herr Fügenschuh?*) – Nur Herr Fügenschuh.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und der ist mit dem Wunsch herangetreten: Können wir nicht eine Initiative bilden?

Mag. Christoph Neumayer: Nein. Ich habe das erste Mal mit Herrn Fügenschuh gesprochen, als er angefragt hat, ob er für seine Initiative, an der die von mir Genannten teilnehmen sollen, ob es möglich wäre, weil sie keine Räumlichkeiten

haben, ob das in der Industriellenvereinigung in einem Besprechungszimmer stattfinden kann. Das war mein Erstkontakt mit dem Herrn Fügenschuh.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber er hat hier so getan, als ob quasi die Initiative nicht seine Idee gewesen wäre, sondern dass das Ihre Idee war? (*Abg. Dr. Fekter: Nein, hat er nicht getan!*) Den Eindruck hat er hinterlassen. (*Abg. Dr. Fekter: Vielleicht bei Ihnen, aber nicht bei uns!*)

Mag. Christoph Neumayer: Also dann weise ich das nachhaltig zurück.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Kollegin Fekter, ich schildere meine eigenen Eindrücke!

Mag. Christoph Neumayer: Das ist absolut nicht der Fall.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Wahrnehmung gehabt, weil er konnte mir keine nennen, von wem das ausgegangen ist, wer auf diese Idee gekommen ist, eine solche Initiative zu gründen?

Mag. Christoph Neumayer: Also meine Wahrnehmung war, dass das der Herr Fügenschuh war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, welches Interesse hatte der?

Mag. Christoph Neumayer: Herr Fügenschuh ist meines Wissens Milizoffizier der Luftstreitkräfte und ist das, was man wahrscheinlich einen hoch aktiven Idealisten nennt. (*Abg. Dr. Fekter: Sehr gut beschrieben! Das ist auch unser Eindruck!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der hoch aktive Idealist hat sich aber ausschließlich im ÖVP-Bereich herumgetrieben und sonst nirgends.

Mag. Christoph Neumayer: Das weiß ich nicht. Aber mir ist erinnerlich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also er hat dann gesagt, ob nicht die IV den Gründungssaal, den Krupp-Saal zur Verfügung stellen kann?

Mag. Christoph Neumayer: Nur um das richtig zu stellen: Das ist ein Besprechungszimmer, das den Namen **Krupp Saal** trägt. – Das war genau sein Wunsch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie kommt er gerade darauf, dass die IV ihm so einen Saal zur Verfügung stellen wird? Er hätte auch bei der Diözese anfragen können oder bei der ÖVP-Zentrale in der Lichtenfelsgasse. Das wäre vielleicht sogar ehrlicher gewesen.

Mag. Christoph Neumayer: Ich weiß es nicht, ob es für ein Militärgerät gut ist, in der Diözese anzufragen. Ich denke, dass seine ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Genau so wenig wie bei der IV! (*Abg. Dr. Fekter: Die blauen Connections der IV! – Abg. Mag. Stadler: Stören Sie meine Befragung bitte nicht!*)

Mag. Christoph Neumayer: Ich denke, dass seine Intention war – ich interpretiere hier aber auch nur, ich weiß es nicht –, dass er offensichtlich eine Art neutralen Boden finden wollte, wo er die verschiedenen Partner zusammenführen kann.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist Ihnen aufgefallen, dass dort nur Schwarze und Blaue erschienen sind? War das ein Zufall?

Mag. Christoph Neumayer: Ich habe leider, weil ich mich ja für heute vorbereitet habe, keine Liste gefunden, wer wirklich dort war. Ich kann mich auch nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie waren aber dort.

Mag. Christoph Neumayer: Ich war bei einem Treffen dort, und da ist mir schon in Erinnerung, dass auch Vertreter des BMWA und des Verteidigungsministeriums dort waren. Ob jemand aus der SPÖ dort war, weiß ich nicht. (*Abg. Dr. Fekter: Der Fussl war nicht dabei!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer war aus dem Verteidigungsministerium da?

Mag. Christoph Neumayer: Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie noch eine Liste?

Mag. Christoph Neumayer: Nein, eben nicht. Ich hätte sie gerne mitgenommen – das muss ich gleich dazusagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War der Herr Erich Wolf da? (*Mag. Neumayer: Nein!*) – War der Herr Steininger da? (*Mag. Neumayer: Nein!*) – Sie schließen das definitiv aus?

Mag. Christoph Neumayer: Das schließe ich definitiv aus.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie mit dem Herrn Steininger zu tun gehabt? (*Mag. Neumayer: Nein!*) – Er war aber Mitglied in dieser **Initiative Sicherer Luftraum**.

Mag. Christoph Neumayer: Meines Wissens nach nicht, und ich habe ihn auch niemals in Zusammenhang mit dieser Initiative gesehen. Ich habe ihn bis vor kurzem auch nicht gekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie mit dem Herrn Lukasek zu tun gehabt? Der war nämlich Teilnehmer dort.

Mag. Christoph Neumayer: Herr Lukasek war einmal bei einem Treffen dabei, nämlich bei dem Treffen, wo ich auch dabei war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was hat er dort gemacht?

Mag. Christoph Neumayer: Relativ viel gesprochen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das trifft in etwa zu. Das könnte ihn wiedergeben. – Wissen Sie noch, was er dort gesprochen hat?

Mag. Christoph Neumayer: Er hat, glaube ich, Überlegungen oder Ratschläge gegeben, wie man dieses Thema kommunizieren könnte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, er hat eine sehr aktive Rolle gespielt dort.

Mag. Christoph Neumayer: Nein, dann nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er war nur dieses eine Mal da mit einem entsprechenden Wortfluss und dann ist er wieder verschwunden, oder was?

Mag. Christoph Neumayer: Ja, deswegen ist es mir Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War dort auch der Herr Mag. Kullnig?

Mag. Christoph Neumayer: Ich weiß es leider nicht mehr, ich kann es nicht beschwören.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer war denn dort der ÖVP-Vertreter?

Mag. Christoph Neumayer: Auch da kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie mit Frau Romana Schmidt zu tun gehabt? (Mag. **Neumayer: Nein!**) – Mit den Eheleuten Gernot und Erika Rumpold? (Mag. **Neumayer: Nein!**) – Auch nicht.

Darf ich zu dieser Rechnung zurückkommen. Wie muss man sich das vorstellen? Das heißt, Sie zahlen zunächst einmal die ganzen Ausgaben, die die Initiative hat, und dann muss der Herr Ott sie Ihnen refundieren. – War das so?

Mag. Christoph Neumayer: Es war so, dass wir die Ausgaben übernommen haben (Abg. Mag. **Stadler: Für die Initiative?**) für die Initiative, dass aber, sofern ich mich richtig erinnere, Herr Fügenschuh gesagt hat, dass diese Dinge refundiert werden, und die wurden dann refundiert. (Abg. Mag. **Stadler: Vom Herrn Ott?**) – Vom Herrn Ott.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gibt es noch andere Quellen, wo Refundierungen stattgefunden haben? (Mag. **Neumayer: Nein!**) – Nur Ott?

Mag. Christoph Neumayer: Nur Ott.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Woher hat Herr Ott das Geld?

Mag. Christoph Neumayer: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War das im Rahmen seines Auftrages für EADS oder für Eurofighter?

Mag. Christoph Neumayer: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diesbezüglich war der Vorhalt des Kollegen Kogler nicht ganz präzise, ich präzisiere ihn jetzt: Es ist nicht ein Konto der Initiative bei der IV gewesen, sondern es war das Konto **der** IV, auf das der Herr Ott eingezahlt hat.

Mag. Christoph Neumayer: Ich denke, es war eines der Kontos der IV, die für diesen Bereich reserviert waren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ach so, sie haben **mehrere** Konti gehabt, die hier reserviert waren?

Mag. Christoph Neumayer: Nein. Wie gesagt, ich habe diese eine ... – Oder sagen wir einmal so: Es war eine Rechnungsstelle, wo es diese neuen Rechnungen gibt. Die habe ich auch ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie die dem Ausschuss zur Verfügung stellen?

Mag. Christoph Neumayer: Das kann ich gerne.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, es sind insgesamt neun Rechnungen, und die haben Sie alle hier.

Mag. Christoph Neumayer: Ich habe einen Überblick hier, den kann ich Ihnen dann zur Verfügung stellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir sind auch für den Überblick schon dankbar. (Abg. Dr. **Fekter: Was macht das insgesamt aus?**)

Mag. Christoph Neumayer: Das macht insgesamt für das Jahr 2003 1 161,09 € aus und für das Jahr 2002 insgesamt 6 203,13 €.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und sonst gab es keine Zahlungen? (Mag. **Neumayer: Nein!**) – Warum haben Sie dort nicht die Stringenz an den Tag gelegt, dass da eine Initiative auftritt wie eine Firma und eine Rechnung legt, die sie sonst bei jedem Privaten sofort an den Tag legen würden?

Mag. Christoph Neumayer: Weil noch nicht ganz klar war, ob dieser Initiative ein langes Leben beschieden ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, es war klar, dass sie keine Rechtsform hat, und sie tritt trotzdem so auf als ob sie eine Rechtsform hätte. Die IV und die Bundeswirtschaftskammer zeigen aber jeden Österreicher sofort an, wenn sie so etwas feststellen.

Mag. Christoph Neumayer: Die Industriellenvereinigung macht das, glaube ich, nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber natürlich. Wenn Sie im Wettbewerb einen haben, der ohne Rechtsform Rechnungen legt, dann ist die Anzeige sofort bei der Gewerbebehörde. Hier haben Sie es im Schoß der Industriellenvereinigung aber ganz anders gehalten. Was war der Grund für diese Toleranz?

Mag. Christoph Neumayer: Ich denke, dass das die zeitliche Beschränktheit war. Es war auch von Anfang an nicht ganz klar, ob diese Initiative wirklich wahrscheinlich große Breite gewinnt. Ich nehme an, dass das der Grund war. Ich kann es Ihnen aber nicht sagen, warum das damals so war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Magister, haben Sie Wahrnehmungen gehabt, dass Firmen über die Industriellenvereinigung Zahlungen an Parteien oder parteinahe Organisationen weitergeleitet haben? (*Mag. Neumayer: Nein!*) – Ist das mit Ihnen oder im Rahmen dieser Initiative oder darüber hinaus in der IV nie Thema gewesen? (*Mag. Neumayer: Nein!*) – Wissen Sie, ob die IV selbst Motivationszahlungen vorgenommen hat?

Mag. Christoph Neumayer: Was meinen Sie damit genau?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Um zum Beispiel das Projekt Eurofighter weiter zu befördern? (*Mag. Neumayer: Nein!*) – Keinerlei Zahlungen? Ist Ihnen nichts bekannt?

Mag. Christoph Neumayer: Nein, ist mir nichts bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich wollte eigentlich eine Frage nur noch ergänzen. Sagen Sie, hat die Industriellenvereinigung in irgendeiner Art und Weise sonstige Tätigkeiten von Generalmajor Wolf unterstützt? (*Mag. Neumayer: Nein!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist Ihnen die **Gesellschaft zur Förderung der Luftstreitkräfte** bekannt? (*Mag. Neumayer: Ja!*) – Ist diese Gesellschaft unterstützt worden?

Mag. Christoph Neumayer: Diese Gesellschaft ist unterstützt worden, und zwar in der Größenordnung von 2 136 €.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat es sonstige Unterstützungen für diese Gesellschaft gegeben? (*Mag. Neumayer: Nein!*) – Wer hat der Gesellschaft geholfen, ihre Website zu betreiben?

Mag. Christoph Neumayer: Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist das über die Industriellenvereinigung erfolgt? (*Mag. Neumayer: Nein!*) – Können Sie das ausschließen?

Mag. Christoph Neumayer: Das kann ich ausschließen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, das haben wir damit bei Protokoll.

Können Sie sagen, was die Tätigkeit der Gesellschaft zur Förderung der Luftstreitkräfte ist und warum die Industriellenvereinigung diese Gesellschaft fördert?

Mag. Christoph Neumayer: Ich weiß es ehrlich gesagt nicht. Ich nehme an, das liegt im Namen begründet. Ich habe im Zusammenhang mit der Gesellschaft der Freunde der Luftstreitkräfte in Erinnerung die 50-Jahre-Ausstellung, die in Zeltweg stattgefunden hat. Und im Rahmen dieser Ausstellung ist auch die Unterstützung erfolgt. Das war ein Bildankauf für die Ausstellung in Zeltweg.

Obmann Dr. Peter Pilz: Welche Person ist für diese Gesellschaft gegenüber der Industriellenvereinigung aufgetreten?

Mag. Christoph Neumayer: Das der Herr Fügenschuh.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe sonst keine weiteren Fragen. Gibt es sonst noch Fragen von Ausschussmitgliedern? – Das ist nicht der Fall.

Damit ist die Befragung geschlossen. Ich danke für Ihr Erscheinen und Ihre Auskünfte!

*(Die **Auskunftsperson Mag. Christoph Neumayer** verlässt den Sitzungssaal.)*

12.58

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich teile noch in öffentlicher Sitzung mit, dass Herr Steininger die Ladung **nicht** behoben hat. Die Post hat die Parlamentsdirektion informiert, dass ihr bekanntgegeben wurde, dass sich Herr Steininger noch bis inklusive 5. Juli im Ausland auf Urlaub aufhalten wird. – Das ist das Erste.

Zweitens: Die Absage von Frau Renate Wolf und EADS liegt uns vor.

Drittens: Herr Heitzmann von EADS wird heute ebenfalls nicht kommen.

Ich war Ihnen noch von gestern eine kurze Auflistung der EADS-Vertreter und Vertreterinnen schuldig, die es bis jetzt vorgezogen haben, nicht vor dem Ausschuss zu erscheinen.

Bischoff: Ladung 15.12.2006 – nicht Folge geleistet; Bischoff: Ladung 18.1.2007 – nicht Folge geleistet; Bischoff 27.2.2007 – Ladung nicht Folge geleistet.

Hoeveler Wolfdietrich: 27.2.2007 – nicht Folge geleistet.

Rauen Aloysius: 27.2.2007 – nicht Folge geleistet.

Bischoff: 22.3.2007 – nicht Folge geleistet.

Faltlhauser: 22.3.2007 – auch nicht Folge geleistet.

Maute: 22.3.2007 – auch nicht.

Renate Wolf: 22.3.2007 – nicht.

Hoeveler: 27.3.2007 – nicht.

Dann hat Faltlhauser für die Eurofighter GmbH am 18.4.2007 der Ladung Folge geleistet; am gleichen Tag auch als einziger EADS-Vertreter Herr Hoeveler. Maute und Renate Wolf vom 18.4.2007 sind verschoben worden.

Am 7.5.2007 ist Herr Rauen erschienen; am 10.5.2007 Herr Maute.

Am 10.5.2007 ist Frau Renate Wolf nicht erschienen; am 10.5.2007 auch Herr Uwe Kamlage nicht; am 15.5.2007 Herr Aldag nicht; am 22.5.2007 Herr Moser nicht; am 31.5.2007 Frau Renate Wolf nicht.

Für den 31.5.2007 hat Herr Kamlage die Annahme der Ladung verweigert; für 11.6.2007 Herr Aldag nicht; für 11.6.2007 Frau Standeiner nicht; für 12.6.2007 Herr Heitzmann nicht; und für 12.6.2007 Frau Renate Wolf nicht.

Das nur, damit Sie einen Überblick kriegen, in welcher Art und Weise EADS mit den Ladungen dieses Ausschusses umgeht. Ich qualifiziere das in aller Zurückhaltung als Unverfrorenheit und Unverschämtheit. – So, das nur dazu als Information.

Ich bin dafür, dass wir jetzt dann in einer Geschäftsordnungssitzung noch kurz die Vorgangsweise der nächsten Tage besprechen, weil ich gern auch von den Mitgliedern des Ausschusses wissen möchte, wie sie meinen im Lichte dieser ganzen Ladungs-Nichtbefolgungen von EADS bis Steininger weiter vorgehen zu wollen. (*Abg. Dr. Fekter: Vielleicht ist für die Medien von Interesse, wer jetzt schon abgesagt hat für morgen!*)

Das ist eine „Batzenfrage“, das wird im Interesse der Medien von Dr. Engeljehringer auf der Stelle besorgt und dann umgehend bekannt gegeben.

Ich würde vorschlagen, wir machen jetzt eine kurze Geschäftsordnungssitzung. Die Information, die von der Parlamentsdirektion beschafft wird, wird, sobald wir sie haben, dann gleich bekannt gegeben.

*(Die Medienvertreter verlassen den Sitzungssaal. – Abg. Dr. **Fekter**: Es ist für mich faszinierend, wie die Medien spüren, wenn der Herr Vorsitzende etwas sagt!) – Also bei Ihnen würde das noch viel geschwinder gehen, da habe ich nicht den geringsten Zweifel.*

13.03

*(Fortsetzung: 13.04 bis 13.06 Uhr – und damit Schluss der Sitzung – unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit** – s. **Auszugsweise Darstellung, „nichtöffentlicher Teil“.**)*
